

Zivilgesellschaftliche Akteure in der Außenpolitik: Chancen und Perspektiven von Public Diplomacy

Lohmann, Robert; Göler, Daniel; Vollmer, Isabel

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lohmann, R., Göler, D., & Vollmer, I. (2016). *Zivilgesellschaftliche Akteure in der Außenpolitik: Chancen und Perspektiven von Public Diplomacy*. (ifa-Edition Kultur und Außenpolitik). Stuttgart: ifa (Institut für Auslandsbeziehungen). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-51130-5>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

ifa-Edition Kultur und Außenpolitik

Zivilgesellschaftliche Akteure in der Außenpolitik

Chancen und Perspektiven von Public Diplomacy

Robert Lohmann, Daniel Göler, Isabel Vollmer

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Zusammenfassung	4
Executive Summary	5
1. Einleitung	9
2. Public Diplomacy – Die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure in die Außenpolitik 10	
2.1 Public Diplomacy zwischen staatlichem Handeln und gesellschaftlichen Akteuren	10
2.2 Zivilgesellschaftskonzeptionen in der Breite ihrer Definitionen	15
2.3 Theoretische Implikationen für die Forschungsarbeit	19
3. Das Vorgehen – Beschreibung des methodischen und organisatorischen Aufbaus der Studie	21
4. Ergebnisse der qualitativen Experteninterviews	26
5. Ergebnisse der Online-Befragung	30
5.1 Ausführliche Befragung (Stichprobe).....	30
5.2 Kurzer Fragebogen (Vollerhebung).....	43
6. Verbands- und Jugendarbeit – zwei Fallbeispiele für Möglichkeiten und Hindernisse internationaler Kooperation	51
6.1 Deutsch-Moldauische Zusammenarbeit im Fokus.....	51
6.2 Das <i>European Youth Parliament</i> – Politiksimulationen als Forum des Austauschs Jugendlicher	54
7. Fazit und Handlungsempfehlungen	59
Literaturverzeichnis	62
Zu den Autoren	67

Vorwort

„Die Untersuchung hat hierbei gezeigt, dass es nach wie vor große Verständnisunterschiede gibt. Insbesondere die Grenzziehung zum Bereich der wirtschaftlichen Akteure, aber auch zur Privatheit ist hier unklar. Letzteres dürfte sich in naher Zukunft noch vergrößern, da neue Kommunikationstechnologien und soziale Netzwerke die Bedeutung von ‚ad-hoc‘ Bewegungen und privaten Einzelinitiativen in Zukunft stärken dürften“, betonen Robert Lohmann, Daniel Göler und Isabel Vollmer in der vorliegenden Studie.

Der Dialog zwischen Politik und Gesellschaft innerhalb Deutschlands sowie zwischen Zivilgesellschaften verschiedener Länder ist für die Erreichung außenpolitischer Ziele von großer Bedeutung. Im Zuge der Globalisierung und Digitalisierung sind zivilgesellschaftliche Akteure im Ausland aktiv und prägen internationale Kulturbeziehungen maßgeblich mit.

Die Autoren und die Autorin der vorliegenden Studie untersuchen das außenpolitische Handeln zivilgesellschaftlicher Akteure aus Deutschland. Inwiefern können deutsche zivilgesellschaftliche Akteure als außenpolitisch handelnde Akteure gesehen werden? Wie nehmen zivilgesellschaftliche Akteure ihr eigenes Handeln im außenpolitischen Kontext wahr? Was wird überhaupt unter Zivilgesellschaft verstanden? Wie wählen zivilgesellschaftliche Akteure ihre Kooperationspartner aus?

Die Studie ist im Rahmen des ifa-Forschungsprogramms „Kultur und Außenpolitik“ entstanden. Hier untersuchen seit 2010 Expertinnen und Experten aktuelle Themen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP), arbeiten diese Erkenntnisse der Wissenschaft knapp und präzise auf und formulieren Handlungsempfehlungen für Akteure der AKBP. Publikationen, internationale Fachtagungen und öffentlichen Foren für eine breitere Öffentlichkeit sorgen für Sichtbarkeit und Kompetenzbildung des politischen und thematischen Felds der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik.

Den Autoren dieser Studie, Robert Lohmann, Daniel Göler und Isabel Vollmer der Universität Passau, möchte ich auf diesem Wege herzlich für die sehr gute Zusammenarbeit und ihr Engagement für dieses Forschungsprojekt danken. Mein Dank gilt auch der Leiterin des ifa-Forschungsprogramms Odila Triebel für maßgebliche konzeptionelle Impulse sowie Sarah Widmaier und Isabell Scheidt, die das Projekt konzeptionell und redaktionell begleitet haben.

Zivilgesellschaften als Akteure in der Außenpolitik sind entscheidend um wirkungsvoll zu handeln, sowie transnationalen Dialog und Verständnis zu fördern. Deshalb müssen internationale Kooperationen auf zivilgesellschaftlicher Ebene ausgebaut und innovative Dialogformate unter Einbeziehung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen weiterentwickelt werden.

Ihr

Ronald Grätz,

Generalsekretär des ifa (Institut für Auslandsbeziehungen)

Zusammenfassung

Der Fokus dieser Studie liegt auf dem Handeln deutscher zivilgesellschaftlicher Akteure als außenpolitische Akteure. Entsprechend muss mit einer Vielzahl an Begrifflichkeiten gearbeitet werden: Welches Zivilgesellschaftsverständnis herrscht vor und inwiefern können zivilgesellschaftliche Akteure Außenpolitik betreiben? Mithilfe eines netzwerkba-
sierten Ansatzes von Public Diplomacy wird auch zivilgesellschaftlichen Akteuren eine relevante Funktion in der Außenpolitik eines Staates zugesprochen. Doch mit welchen Herausforderungen werden die Akteure konfrontiert? Die zentralen Fragestellungen der Arbeit sind daher: Inwiefern können deutsche zivilgesellschaftliche Akteure als außenpolitisch handelnde Akteure eingestuft werden? Welche Chancen und welche Hindernisse erfahren zivilgesellschaftliche Akteure, wenn sie als außenpolitische Akteure auftreten? Mit welchen Unterschieden in der Arbeitsweise und dem Begriffsverständnis von Zivilgesellschaft werden die Akteure in ihrer täglichen Arbeit konfrontiert und welche Rückschlüsse lassen sich hieraus ziehen? Als zentrales Ergebnis steht, dass zivilgesellschaftliche Akteure Außenpolitik betreiben, aber die Anerkennung dieser Arbeit von staatlichen Akteuren als zu niedrig angesehen wird. Das Selbstbild und die Fremdwahrnehmung unterscheiden sich hier. In der täglichen Arbeit müssen die Akteure darüber hinaus vielfältige Hindernisse umgehen, die aber nicht aus unterschiedlichen Verständnissen von Zivilgesellschaftskonzeption stammen, sondern praktischer Natur sind, wie der Partnerakquise im Ausland.

Executive Summary

Die Untersuchung hat gezeigt, dass die in dieser Studie im Fokus stehenden zivilgesellschaftlichen Akteure ein beachtliches Maß an außenpolitisch relevanten Aktivitäten entfalten. Die Auslandsaktivitäten stellen dabei nicht ein „Zufallsprodukt“ ihrer sonstigen Aktivitäten dar, sondern sie sind in der Regel in eine strategische Planung eingebettet, mit Hilfe derer die betreffenden Akteure konkrete Veränderungen jenseits des eigenen nationalstaatlichen Rahmens erreichen wollen. Die inhaltlichen Schwerpunkte liegen hierbei in den Bereichen Wissenstransfer/Bildungsarbeit, interkultureller Austausch und Demokratieförderung; ein weiterer Schwerpunkt ist zudem im europapolitischen Bereich. Damit werden zentrale Themen behandelt, die auch in den außenpolitischen Konzeptionen der Bundesregierung eine wichtige Rolle einnehmen. Zivilgesellschaftliche Akteure verstehen sich selbst als außenpolitisch relevante Akteure und ihre konkreten Aktivitäten entsprechen auch in einem hohen Maß diesem Selbstbild. Eine gewisse Problematik herrscht allerdings dahingehend, wie die zivilgesellschaftlichen Akteure ihr eigenes Rollenverständnis in Bezug zu den von ihnen wahrgenommenen Erwartungen der Politik sehen. So definieren sich die meisten in der Studie betrachteten zivilgesellschaftlichen Akteure im Sinne eines netzwerkbasierten Public Diplomacy Ansatzes als eigenständige Akteure mit eigener Agenda, welche ihre Aktivitäten zunächst einmal unabhängig von staatlichen Stellen und deren Prioritäten entfalten. Dieses Selbstbild steht in einem gewissen Kontrast zu der von den zivilgesellschaftlichen Akteuren wahrgenommenen Rollenerwartung des Auswärtigen Amtes. Dieses – so eine insbesondere in den ausführlichen Hintergrundgesprächen immer wieder zu hörende Einschätzung – verstehe unter Public Diplomacy eher die „Nutzung“ zivilgesellschaftlicher Akteure und ihrer Kontakte zur Erreichung eigener außenpolitischer Zielsetzungen, was – in der Terminologie des konzeptionellen Rahmens dieser Studie – eher einem hierarchischen Public Diplomacy Verständnis entspricht. Setzt man diese Einschätzung in Relation zu den entsprechenden Verlautbarungen des Auswärtigen Amtes, die durchaus eine dialogische Beziehung zwischen Staat und Zivilgesellschaft in der Außenpolitik postulieren, ergibt sich allerdings eine gewisse Diskrepanz, welche durch eine größere konzeptionelle Klarheit und ggf. einer dezidierteren Public Diplomacy-Strategie des Auswärtigen Amtes zur verstärkten Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure überwunden werden könnte.

Ein weiteres zentrales Ergebnis der Studie ist, dass die außenpolitischen Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Akteure nicht nur inhaltlich sehr breit aufgestellt sind, sondern die Akteure selbst sehr unterschiedlichen Gruppen innerhalb der Zivilgesellschaft zuzuordnen sind. In diesem Zusammenhang wurde allerdings auch deutlich, dass das Verständ-

nis von Zivilgesellschaft noch Präzisierungspotenzial hat, wobei insbesondere die Trennlinien zu wirtschaftlichen Akteuren, aber auch zum Raum des Privaten zum Teil recht unterschiedlich gezogen werden.

Die große Anzahl außenpolitischer Aktivitäten resultiert hierbei zum Teil auch aus einem gewandelten Politikverständnis. Insbesondere durch den europäischen Integrationsprozess, aber auch durch die Globalisierung, ist in der Wahrnehmung vieler Akteure die Grenze zwischen Innen- und Außenpolitik verwischt oder teils gänzlich verschwunden. Entsprechend herrscht bei ihnen das Selbstbild eines Akteurs vor, der in einem grenzüberschreitenden Raum für die Durchsetzung bestimmter ideeller und wirtschaftlicher Ziele wirbt. Hierbei ist auch deutlich geworden, dass das Politikverständnis nicht mehr dem des klassischen Regierens entspricht, sondern – entsprechend des sogenannten Governance Paradigmas – einem Nebeneinander verschiedener Formen der Regulierung und Selbstregulierung unter Einschluss staatlicher und nichtstaatlicher Akteure. Allgemeinverbindliche Regulierungen erfolgen hierbei nicht mehr nur in Form klassischer Gesetze, sondern auch im Rahmen wettbewerbs- oder marktorientierter Regelungen; aber auch bei der Entstehung klassischer Gesetze kommt nichtstaatlichen Akteuren eine zunehmende Rolle zu. Da nationalstaatliche Gesetze immer mehr durch Entscheidungen beeinflusst werden, die jenseits des nationalstaatlichen Rahmens etwa auf Ebene der Europäischen Union oder anderer internationaler Organisationen getroffen werden, ergibt sich für zivilgesellschaftliche Akteure die zunehmende Notwendigkeit zu grenzüberschreitendem Handeln. Entsprechend verstehen sich viele zivilgesellschaftliche Akteure als „Spieler“ in einem transnationalen Governance-System und richten auch ihren Aktionsradius entsprechend aus. Insbesondere innerhalb des europäischen Mehrebenensystems führt dies dazu, dass die grenzüberschreitenden Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Akteure nicht nur auf Veränderungen im Ausland abzielen, sondern zum Teil auch im Verbund mit ausländischen Partnern Einfluss auf Entscheidungen in Deutschland zu nehmen versuchen. Dieses Phänomen, das in der Studie als „European Public Diplomacy“ bezeichnet wurde, bedarf einer grundsätzlichen Reflexion und Einbeziehung in eine umfassende Public Diplomacy-Strategie.

Als weitaus weniger problematisch – als zunächst erwartet – hat sich die komplizierte Struktur der deutschen Zivilgesellschaft und die – von außen betrachtet – durchaus gewöhnungsbedürftige Form der Mischfinanzierung zivilgesellschaftlicher Akteure aus staatlichen und privaten Mitteln erwiesen. Beides – so die Ergebnisse der Befragungen – werde im Ausland nicht als hinderlich erachtet. Auch hat sich gezeigt, dass die entsprechenden Akteure nach wie vor einen erheblichen eigenen Finanzanteil bei den Projekten

tragen, so dass von einer determinierenden Beeinflussung durch staatliche Förderprogramme nicht gesprochen werden kann. Entsprechend sollten an dieser Stelle auch keine grundlegenden Veränderungen erwirkt werden.

Insgesamt hat die Studie gezeigt, dass zivilgesellschaftliche Akteure ein sehr breites, außenpolitisch relevantes Arbeitsspektrum haben. Interessant ist hierbei, dass die Überwindung der ‚Innen-Außenpolitik-Grenze‘ bei ihnen weiter vorangeschritten zu sein scheint, als bei vielen staatlichen Akteuren. Besonders pointiert wurde dies in einem Interview dargestellt, in welchem der Gesprächspartner darauf verwies, dass man sich primär als Interessenvertreter sehe, der seine Interessen dort vertrete, wo es am effektivsten ist, gleich ob dies die nationale, die europäische Ebene oder die nationale Ebene eines Drittstaates ist. Insoweit könnte man durchaus konstatieren, dass das Außenpolitikverständnis zivilgesellschaftlicher Akteure in Teilen ein anderes ist, als das entsprechende Verständnis mancher staatlicher Akteure. Auch ein Dialog hierüber könnte einen großen Gewinn einer umfassenden Public Diplomacy-Strategie darstellen.

Handlungsempfehlungen

- **Verständnis von Public Diplomacy auf strategischer Ebene klären**
Eine konzeptionelle Debatte und eine größere strategische Klarheit in der Debatte über Public Diplomacy beziehungsweise Außenpolitik der Zivilgesellschaft ist dringend zu empfehlen, um das in den Befragungen zu Tage getretene, enorme Potenzial zivilgesellschaftlicher Aktivitäten konzeptionell besser berücksichtigen und damit auch operativ besser einbinden zu können. Wünschenswert ist hierbei die Entwicklung einer dezidierten Public Diplomacy-Strategie des Auswärtigen Amtes, welche gemeinsam mit Partnern in der Zivilgesellschaft zu erarbeiten wäre.

- **Verständnis von ‚Zivilgesellschaft‘ klären**
Nach wie vor große Verständnisunterschiede von ‚Zivilgesellschaft‘, insbesondere die Grenzziehung zum Bereich der wirtschaftlichen Akteure, aber auch zur Privatheit müssen geklärt werden. Die Begrifflichkeit und Zugehörigkeit zu zivilgesellschaftlichen Akteuren sollten jederzeit kritisch und umfassend diskutiert werden.

- **Partnersuche optimieren: Das Auswärtige Amt als Koordinierungs- und Adressatenstelle stärken**

Um die Chancen für eine Partnersuche im Ausland zu verbessern – und dementsprechend auch das Potenzial für Aktivitäten zu erhöhen – ist eine Systematisierung und Strukturierung in der „Partnergewinnungsphase“ anzuraten, insbesondere durch eine stärkere Vernetzung von Akteuren oder die Etablierung entsprechender Datenbanken. Auch die Installierung von „Partnerguides“ ist ein hilfreiches Instrument ebenso wie die Einrichtung einer zentralen Koordinierungs- und Ansprechstelle.

- **Ressourcen vor Ort stärken**

Für die Zusammenarbeit mit Partnern in Regionen, wo die Arbeit durch Repressionen oder andere Gründe erschwert wird und ohne organisierte Zivilgesellschaft müssen alternative Strategien erarbeitet werden, wie in den jeweiligen Ländern Projekte durchgeführt werden könnten. Hierzu müssen die eigenen Ressourcen vor Ort gestärkt werden.

- **Modell der Mischfinanzierung beibehalten**

Das Modell der Mischfinanzierung außenpolitischer Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Akteure erlaubt es einerseits, zivilgesellschaftliche Akteure in die außenpolitische Strategie der Bundesregierung und in die Erreichung konkreter Ziele einzubinden. Andererseits verhindert das Modell aber nicht eigenständige, außenpolitisch relevante Aktivitäten von zivilgesellschaftlichen Akteuren.

- **Qualifikationen im Bereich Public Diplomacy stärken**

Die zunehmende Bedeutung von außenpolitischen Aktivitäten von zivilgesellschaftlichen Akteuren sollte auch im Bereich der universitären und außeruniversitären Bildung aufgegriffen werden. Entsprechende Inhalte sollten in den einschlägigen Curricula verankert werden. Hierdurch können langfristig eine weitere Professionalisierung der außenpolitischen Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Akteure und ein größeres Bewusstsein bei staatlichen Akteuren für die Besonderheiten und Rahmenbedingungen von Public Diplomacy erreicht werden.

1. Einleitung

Im Fokus dieser Studie stehen die vielfältigen Aktivitäten deutscher zivilgesellschaftlicher Akteure als außenpolitisch handelnde Akteure. Es wird zwar auch auf die zahlreichen Aktivitäten der deutschen Zivilgesellschaft im Ausland eingegangen, doch wird detaillierter über die Herausforderungen und Hindernisse berichtet, denen Akteure in ihrer täglichen Arbeit begegnen. Wenn in diesem Kontext von Außenpolitik gesprochen wird, muss dies mit einem Begriffsverständnis von Außenpolitik im Sinne einer Public Diplomacy einhergehen. Doch inwiefern gehen diese theoretischen Ansätze und das praktische Handeln überein?

Die zentralen Fragestellungen sind demnach:

- Inwiefern können deutsche zivilgesellschaftliche Akteure als außenpolitisch handelnde Akteure eingestuft werden?
- Welche Chancen und welche Hindernisse erfahren zivilgesellschaftliche Akteure, wenn sie als außenpolitische Akteure auftreten?
- Mit welchen Unterschieden in der Arbeitsweise und dem Begriffsverständnis von Zivilgesellschaft werden die Akteure in ihrer täglichen Arbeit konfrontiert und welche Rückschlüsse lassen sich hieraus ziehen?

Diese Fragen werden im Folgenden mithilfe einer mehrstufigen Erhebung angegangen. Im Vordergrund stehen dabei immer die konkreten Erfahrungen, die deutsche zivilgesellschaftliche Akteure erlangen konnten. Im ersten Schritt werden die vielfältigen Begrifflichkeiten und theoretischen Ansätze dargelegt. Nach einer kurzen Beschreibung des methodischen und organisatorischen Vorgehens wird die erste Ebene der Erhebung dargestellt (Kapitel 4), in der Interviews mit zentralen Akteuren geführt wurden. Aus diesen Interviews speist sich die inhaltliche Ausgestaltung der zweiten Ebene, in der einerseits tiefergehende Online-Befragungen durchgeführt wurden (Kapitel 5.1) und andererseits eine möglichst breit angelegte Befragung durchgeführt wurde (Kapitel 5.2). Im sechsten Kapitel werden die gewonnenen Erkenntnisse anhand zweier Fallbeispiele nochmals detailliert geprüft, bevor das abschließende Kapitel die Ergebnisse in Form von Handlungsempfehlungen zusammenfasst.

2. Public Diplomacy – Die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure in die Außenpolitik

In dieser Forschungsarbeit wird umfassend mit den Begriffen ‚Public Diplomacy‘ und ‚Zivilgesellschaft‘ gearbeitet. Hinter beiden Begriffen verbirgt sich eine vielschichtige Nutzung und Deutung dieser. Aus diesem Grund ist eine Darstellung der Diskussion, gepaart mit einer Abgrenzung der Materie, von hoher Relevanz. Im Folgenden werden die in der Studie genutzten Deutungen dargelegt. Ziel ist es, darzulegen, warum ein außenpolitisches Handeln von welchen zivilgesellschaftlichen Akteuren theoretisch möglich ist.

2.1 Public Diplomacy zwischen staatlichem Handeln und gesellschaftlichen Akteuren

Der Grundgedanke der verschiedenen Ansätze, die sich unter dem Begriff der Public Diplomacy subsumieren lassen, besteht darin, auch nicht-staatlichen Akteuren eine Relevanz in außenpolitischen Fragen zuzuschreiben. Damit grenzen sie sich zum einen von einem staatszentrierten, realistischen Verständnis (vgl. Hocking 2007: 28-43) von Außenpolitik ab und knüpfen an liberale Ansätze der Theorien der internationalen Beziehungen an, welche auch gesellschaftlichen Akteuren in der Außenpolitik eine wichtige Rolle beimessen (vgl. Panke/Risse 2007; Nye 1990; u.v.m.). Zum anderen schreiben sie der Wirkung von Werten und Normen für die Außenpolitik von Staaten eine wichtige Rolle zu. Hiermit greifen sie Überlegungen auf, wie sie beispielsweise im Rahmen des Zivilmachtansatzes (vgl. Kirste/Maull 1996) oder des Normative Power-Ansatzes (vgl. Manners 2002: 235-258) formuliert sind. Denn – ungeachtet aller Unterschiede zwischen diesen Ansätzen – beide lösen sich von einer klassischen (auf Machtpotenziale und materielle Interessen fokussierten) Betrachtung von Außenpolitik und rücken die

„Etablierung von Regel(werke)n, Normen und Werten als Instrument, aber auch Ziel von Außen- und Sicherheitspolitik ins Zentrum ihrer Überlegungen“ (Göler 2015: 290).

Für das Verständnis von Public Diplomacy sind hierbei die Überlegungen Ian Manners zur Frage, wie Normen und Werte im internationalen Raum wirken, relevant. Er verweist auf die Möglichkeiten der unintendierten Diffusion (z. B. die Vorbildfunktion eines Landes oder einer internationalen Organisation), strategische Kommunikation, prozedurale Diffusion durch Etablierung internationaler Organisationen, Normenexport

durch Setzung von Anreizen oder die Initiierung politischer Lernprozesse (vgl. Manners 2002: 244).

Diese theoretischen Überlegungen treffen sich sowohl mit dem in den letzten Jahrzehnten zu beobachtenden verstärkten Einfluss gesellschaftlicher Akteure auf den außenpolitischen Handlungsspielraum von Staaten, wie er sich in Deutschland beispielsweise auch in der gesellschaftlichen Akzeptanz von Auslandseinsätzen der Bundeswehr zeigt (vgl. Junk/Daase 2013: 139-152). Gleiches gilt bei dem verstärkten Bewusstsein für die Relevanz innergesellschaftlicher Transformationsprozesse in Bezug auf Grundfragen der Außen- und Sicherheitspolitik, die besonders drastisch in den Ereignissen des arabischen Frühlings deutlich geworden sind. Entsprechend forderte auch Außenminister Steinmeier zu Beginn des „Review 2014 – Außenpolitik weiter denken“-Prozesses eine „Selbstverständigung über die Perspektiven deutscher Außenpolitik“ im Wege eines „Dialogs des Auswärtigen Amtes mit den wichtigsten außen- und sicherheitspolitischen Stakeholdern unter Einschluss der Zivilgesellschaft“ (Auswärtiges Amt 2015). In den Schlussfolgerungen zu diesem Review 2014 heißt es:

„Gleichzeitig muss der Auswärtige Dienst seine Netzwerke erweitern und sich zu einem Knotenpunkt in der weit aufgefächerten modernen Außenpolitik entwickeln. Wissen und Ideen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Think Tanks sollen stärker genutzt, die Vernetzung auf jeder Ebene des Dienstes ausgebaut werden.“ (Auswärtiges Amt 2015)

Abgesehen von der Relevanz nicht-staatlicher beziehungsweise gesellschaftlicher Akteure auf der einen, sowie der Bedeutung von Werten und Normen für die Außenpolitik auf der anderen Seite, gibt es innerhalb der verschiedenen Ansätze, die sich unter dem Begriff der Public Diplomacy subsumieren lassen, aber nur einen sehr geringen Konsens. In Bezug auf die wissenschaftliche Debatte zum Public Diplomacy Begriff wird daher neben einer „weitgehende[n] Theorielosigkeit“ (Auer 2015: 143) vor allem beklagt, dass es keinen Konsens über das genaue Verständnis von Public Diplomacy gibt (vgl. Kelly 2009: 73), was zum Teil der Tatsache geschuldet ist, dass „Public Diplomacy als ein junges, aufstrebendes Forschungsfeld charakterisiert werden“ (Auer 2015: 149) kann. Darüber hinaus sind für die mangelnde Einheitlichkeit im Hinblick auf die Forschungslandschaft aber vor allem zwei grundsätzlich divergierende Perspektiven beziehungsweise Verständnisse von Public Diplomacy verantwortlich.

Zum einen wird Public Diplomacy verstanden als

„the practice of propaganda in the earliest sense of the term, but enlightened by half a century of empirical research into human motivation and behavior“ (Manheim 1994: 7; Kelley 2009: 76)

Public Diplomacy ist damit eine Kommunikationsstrategie staatlicher Stellen, die sich an gesellschaftliche Akteure richtet und diese ein Stück weit auch als Transmissionsriemen staatlicher Außenpolitik betrachtet. In dieser Perspektive werden praktische Formen von Public Diplomacy dann auch als Public Relations Strategie von Regierungen angesehen (vgl. Taylor/Kent 2006: 307). Die Adressaten dieser Strategie können sich dabei sowohl im Inland als auch im Ausland befinden. Einzelne Arbeiten betonen dabei allerdings auch, dass eine staatliche Kommunikationsstrategie nicht nur in einer Kommunikator-Adressaten Perspektive betrachtet werden muss, sondern dass es – wie in allen sozialen Interaktionsprozessen – auch zu Rückkopplungen vom Adressaten an den Empfänger, sowie einem daraus resultierenden Aufbau sozialer Strukturen kommen kann, welche damit ebenfalls als Teil der Public Diplomacy anzusehen sind (vgl. Zaharna 2009: 86-100).

Diesem staatszentrierten Verständnis von Public Diplomacy, das nicht-staatliche Akteure eher als Objekte, denn als Subjekte von Außenpolitik sieht und damit auch als hierarchisches Modell (vgl. Hocking 2007: 35) bezeichnet werden kann, steht ein eher netzwerkorientiertes Verständnis von Public Diplomacy gegenüber. So fordert Hocking eine Betrachtung von Public Diplomacy *„in terms of an active role for publics rather than as passive objects of government foreign policy strategies“* (Hocking 2007: 41). Entsprechend plädiert er für ein breiteres Public Diplomacy Verständnis: *„[P]ublic diplomacy is increasingly defined as diplomacy by rather than of publics“* (ebd.: 32). Es geht damit also nicht nur um eine Ausweitung des Adressatenkreises staatlicher Außenpolitik und die Einbeziehung gesellschaftlicher Akteure als deren Transmissionsriemen, sondern gesellschaftliche Akteure verfolgen selbst außenpolitische Ziele, welche sie an staatliche und nicht-staatliche Akteure adressieren. Oder wie Hocking es formuliert:

„[P]ublic diplomacy is now part of the fabric of world politics wherein NGOs and other non-state actors seek to project their message in the pursuit of policy goals.“ (ebd.: 41)

Dieses weiter gefasste Verständnis von Public Diplomacy lässt sich zudem noch durch ein weiteres Element ergänzen. Bereits die ersten Hintergrundgespräche, die für diese Studie geführt wurden, haben aufgezeigt, dass es im europäischen Mehrebenensystem der Politikgestaltung quasi einen multidimensionalen Netzwerkcharakter von Public

Diplomacy gibt. So agieren zivilgesellschaftliche Akteure nicht nur als außenpolitische Akteure in anderen Staaten, sondern versuchen auch die nationale Politik ihres Landes im Verbund mit ausländischen Partnern zu beeinflussen. Darüber hinaus versuchen sie aber auch auf die Politik anderer europäischer Staaten – entweder direkt oder mithilfe von Kooperationsakteuren vor Ort – und auf EU-Institutionen Einfluss zu nehmen. Dieses Spezifikum der Public Diplomacy wird in der Literatur – wenn es überhaupt behandelt wird – mit den Schlagwörtern „Euronational“ oder „*intermestic approach*“ besprochen (vgl. Huijgh 2013: 57-84).

Der Begriff Public Diplomacy mit all seinen Facetten muss, so haben vielfältige Diskussionen im Rahmen dieser Studie sowie die Literatur zu diesen Themenbereichen aufgezeigt, auch gegenüber anderen Begrifflichkeiten wie ‚Cultural Diplomacy‘ oder ‚Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP)‘ abgegrenzt werden. Wie im nachstehenden Abschnitt über Zivilgesellschaftsdefinitionen, hat sich auch bei der Public Diplomacy-Debatte eine Vielzahl an Begrifflichkeiten etabliert, die allerdings teilweise ähnliche Phänomene umschreiben, beziehungsweise schwer voneinander abzugrenzen sind.

Bereits eine Analyse des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages aus dem Jahre 2007 stellt dar:

„Zu prüfen ist außerdem die von der Bundesregierung vorgenommene Abgrenzung der AKBP von der Public Diplomacy des Auswärtigen Amtes. Die beiden Bereiche werden als zwei unabhängige, komplementär eingesetzte Instrumente der deutschen Außenpolitik verstanden, wobei die AKBP primär kultur- und bildungspolitische Ziele – etwa die Stärkung des Wissenschaftsstandorts Deutschland – verfolgt. Allerdings hat die Bundesregierung bisher keine klare begriffliche Abgrenzung dieser beiden Bereiche vorgenommen. Weder in thematischer noch institutioneller Hinsicht sind die operationalen Anforderungen dieser beiden Bereiche bisher eindeutig zugeordnet.“ (Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags 2007: 13)

Etwa im 19. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik wird auch heute noch der Terminus ‚Public Diplomacy‘ oder ‚Cultural Diplomacy‘ nicht genannt, was darauf hinweisen kann, dass dieses Defizit fortbesteht.

Ähnlich kritisiert Daniel Ostrowski, Mitarbeiter am Lehrstuhl für Internationale Politik der Universität zu Köln, dass es keine klaren Ein- und Abgrenzungen gäbe. Demnach fungiere Public Diplomacy als eine Art Sammelbegriff, in dem auch Propaganda, Public

Relations, Nation Branding und Auswärtige Kulturbeziehungen zusammengefasst werden (Ostrowski 2010: 17).

Die Eingrenzung von außenpolitischem Handeln auf bestimmte Handlungsfelder, wie sie zum Beispiel durch den Begriff Cultural Diplomacy vorgenommen wird, ist allerdings nach der Begriffsdefinition von Public Diplomacy nicht notwendig. Der netzwerkbasierte Ansatz von Public Diplomacy umfasst eben dieses Handeln, ebenso wie weitere Handlungsfelder, die der Cultural Diplomacy Begriff nicht in Gänze erfassen kann, weshalb wir uns entschieden haben auf den Public Diplomacy Ansatz in seiner netzwerkbasierten Form zu rekurrieren.

Die unterschiedlichen Verständnisse beziehungsweise die „*two worlds of public diplomacy*“ (Hocking 2007: 35) finden sich ebenso im Public Diplomacy Verständnis auf anderen praktischen Ebenen wieder, wobei sich auch hier die Zweiteilung feststellen lässt. Während staatliche Akteure (oder internationale Organisationen) dazu tendieren, Public Diplomacy eher als Kommunikationsstrategie öffentlicher Stellen an zivilgesellschaftliche Akteure zu verstehen und damit dem hierarchischen Modell folgen, legen zivilgesellschaftliche Akteure eher einen netzwerkorientierten Ansatz zu Grunde, wie beispielsweise die politischen Forderungen der Europäischen Bewegung Deutschland (EBD) zeigen (Europäische Bewegung Deutschland 2015). Der Aufruf der EBD, zivilgesellschaftliche Organisationen stärker in den politischen Dialog einzubinden, findet sich nicht nur in den Forderungen 2015/2016, sondern wurde von mehreren Stellen in den geführten Hintergrundgesprächen als Wunsch bestätigt.

Während es bei der Rolle der nicht-staatlichen Akteure (als Objekt oder Subjekt von Außenpolitik) deutliche Unterschiede gibt, sind sich beide Ansätze hinsichtlich der Instrumente von Public Diplomacy relativ einig. Im Unterschied zu klassischen Formen der Diplomatie umfassen diese ein wesentlich breiteres Feld und beinhalten dabei nahezu jegliche Formen der Kommunikation und sozialen Interaktion. Dabei wird sowohl innerhalb des hierarchischen Ansatzes, als auch innerhalb des Netzwerkansatzes neuen Medien eine wichtige Rolle beigemessen (vgl. Auer 2015: 148; Hocking 2007: 32). Zudem wird betont, dass auch konkrete Taten eine Form der Public Diplomacy darstellen können. So postuliert die U.S. National Strategy for Public Diplomacy and Strategic Communication in ihren Schlussfolgerungen, dass

„effective public diplomacy is communicated not through words but through our deeds, as we invest in people through education, health care and the opportunity for greater economic and political participation“ (U.S. National Strategy for Public Diplomacy and Strategic Communication 2007).

2.2 Zivilgesellschaftskonzeptionen in der Breite ihrer Definitionen

Ebenso wie im Konzept der Public Diplomacy, hat sich auch im Diskurs zwischen den verschiedenen Zivilgesellschaftskonzeptionen bisher kein allgemein etabliertes Verständnis herausgebildet. Zivilgesellschafts- oder Zivilitätsdiskurse blicken auf eine lange Tradition mit einer Vielzahl an Beiträgen und Ansichten zurück (vgl. Edwards 2011: 3-15; Kohler-Koch 2011: 19-47; Merkel/Lauth 1998: 3-12). Hinzu kommt, dass in der jüngeren Zeit zunehmend von einer Verfälschung des Diskurses durch fast schon verwirrende Anwendungen eines Zivilgesellschaftskonzeptes gesprochen wird, da aufgrund der uneinheitlichen Definition des Begriffs bei zeitgleicher Anwendung dessen nicht mehr erkenntlich ist, was unter Zivilgesellschaft zu verstehen sei (vgl. Merkel/Lauth 1998: 3; Schubert/Faune 2012: 9f.). Wolfgang Merkel und Hans-Joachim Lauth stellen beispielsweise fest:

„Der umworbene Begriff [der Zivilgesellschaft] droht seine inhaltliche Substanz zu verlieren und in analytischer Beliebigkeit zu versinken.“ (ebd.: 3)

Häufig sei dieses Phänomen geleitet durch Versprechen, für die die Zivilgesellschaft herangezogen wird, wie beispielsweise durch die Forderung nach einer stärkeren Einbindung der Zivilgesellschaft in politische Prozesse (vgl. Schubert/Faune 2012: 9; Kohler-Koch 2011: 25f.). So gibt es eine ganze Reihe an Studien, die unter anderem das Demokratisierungspotenzial von zivilgesellschaftlichen Akteuren (vor allem in Transformationsprozessen) untersuchen (vgl. Merkel/Lauth 1998: 3f.; Kohler-Koch 2011: 25). Doch wird somit dem Zivilgesellschaftsbegriff eine rein normative Funktion zugeschrieben, die einerseits nicht klar von der analytischen Komponente des Begriffs getrennt ist und deren Zielsetzung andererseits indifferent betrachtet wird (vgl. Gosewinkel et al. 2004: 1f.). Eine Vielzahl an Autoren (vgl. weiter unten) schreibt dem Zivilgesellschaftsbegriff vor allem eine handlungsorientierte Komponente zu.

Zur Klärung einer Zivilgesellschaftskonzeption ist ein kurzer Blick in historische und zeithistorische Diskurse notwendig. Der Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Union, also der Ort im Institutionengefüge der EU, an dem zivilgesellschaftliche Akteure in einer organisiertem Form Einfluss ausüben können, hat 1999 eine pointierte Einordnung der bisherigen Diskussion vorgenommen, die auch in anderen Werken zu finden ist (vgl. Merkel/Lauth 1998; Hallberg/Wittrock 2006). Gemäß dieser Einordnung wurde der Zivilgesellschaftsbegriff bis zur Aufklärung quasi als Ersatz für staatliches Handeln, wie es heute existiert, gebraucht (vgl. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft-

ten 1999: 2). So wurde von Aristoteles die *koinoníapolitikè* (oder lat. *societascivilis*) als gesellschaftlicher Zusammenschluss gesehen, der über der Privatheit stand und somit einen ordnenden übergeordneten Charakter innehatte. Im Fortlauf der Begriffsentwicklung sei der Begriff auch in Abgrenzung zu religiöser Herrschaft genutzt worden (vgl. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften 1999: 2; Hallberg/Wittröck 2006: 28).

Der neuere Zivilgesellschaftsdiskurs steht diesem fast konträr gegenüber, indem die Zivilgesellschaft als Abgrenzung gegenüber staatlichem Handeln gesehen wird und nicht mehr als Ersatz staatlichen Handelns (vgl. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften 1999: 2).

„Ab etwa 1750 scheint sich die Bedeutung des Begriffs Zivilgesellschaft nahezu umzukehren. Er wird nicht mehr im semantischen Umfeld des Staatsbegriffs angesiedelt, sondern bezeichnet immer mehr einen Gegenpol zum Staat.“ (ebd.)

Dem Begriff wird eine wichtige demokratietheoretische Funktion zugewiesen, weshalb er auch in einer Vielzahl demokratietheoretischer Werke zu finden ist: Von John Locke über Charles de Montesquieu, Alexis de Tocqueville, aber auch modernere Theoretiker wie Jürgen Habermas, Ralf Dahrendorf oder Charles M. Taylor sind hier zu nennen.

Zunächst ist die Erkenntnis festzuhalten, dass es eine Abgrenzung der Zivilgesellschaft gegenüber staatlichem Handeln gibt. Auch sollte Zivilgesellschaft nicht in der Privatsphäre stattfinden. Merkel und Lauth definieren: „Sie ist im Zwischenbereich von Privatsphäre und Staat angesiedelt“ (Merkel/Lauth 1998: 7).

Bereits die ersten Hintergrundgespräche, die im Zuge dieser Studie geführt wurden, zeigen allerdings auf, dass diese Abgrenzungen als fließend betrachtet werden müssen. So gibt es in Deutschland teilweise eine strukturelle Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure von staatlicher Seite, unter anderem durch finanzielle und steuerliche Vorteile oder auch durch inhaltliche und organisatorische Unterstützung, gerade auch vor dem Hintergrund neuer Interaktionsformen und Ad-hoc-Initiativen im Rahmen neuer sozialer Medien. Auch die Abgrenzung gegenüber der Privatsphäre ist nicht trennscharf zu ziehen. Auf diese nicht vorhandene Trennschärfe ist im Fortgang zu achten.

Die Zivilgesellschaft als Abgrenzung zwischen staatlichem und privatem Handeln anzuordnen, wird dem Begriff und den damit verbundenen Funktionen nicht gerecht. Als Spezifizierung schlägt Beate Kohler-Koch fünf Wesensmerkmale vor:

2. Public Diplomacy – Die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure in die Außenpolitik

„Es sind nicht-staatliche, nicht auf Gewinn ausgerichtete, freiwillige Zusammenschlüsse, die friedlich und öffentlich zur Durchsetzung ihrer Ziele agieren.“ (Kohler-Koch 2011: 10)

Eine ähnliche Definition unternehmen auch Merkel und Lauth:

„Die Zivilgesellschaft befindet sich in einer vorstaatlichen oder nicht-staatlichen Handlungssphäre und besteht aus einer Vielzahl pluraler, auf freiwilliger Basis gegründeter Organisationen und Assoziationen, die ihre spezifischen materiellen und normativen Interessen artikulieren und autonom organisieren. [...] Akteure der Zivilgesellschaft sind damit in die Politik involviert, ohne jedoch nach staatlichen Ämtern zu streben.“
(Merkel/Lauth 1998: 7)

Der wichtigste Unterschied dieser beiden Definitionen liegt im Charakter der Zielsetzung von zivilgesellschaftlichen Akteuren: Kohler-Koch schließt ein gewinnorientiertes Handeln aus; hingegen bei Merkel und Lauth werden die Interessen der Akteure breiter definiert und schließen materielle Interessen ein.

Somit wurde auch an diesen Stellen ein Übergang von einer normativen hin zu einer handlungs- beziehungsweise bereichslogischen Definition von Zivilgesellschaft vollzogen, welcher in dieser Form auch im praktischen Handeln zu beobachten ist. Im Zuge umfassender Reformprozesse der Europäischen Union um die Jahrtausendwende herum, wurde ein Weißbuch der Europäischen Union zum „Europäischen Regieren“ veröffentlicht. In diesem Weißbuch definierte die EU vier strategische Ziele:

„Stärkere Einbeziehung der Bürger, effizientere Gestaltung von Politik und Rechtsvorschriften, Engagement in der Debatte über Global Governance und schließlich Neuausrichtung von Politik und Institutionen.“ (Europäische Kommission 2001)

Zur Umsetzung des erstgenannten Ziels wurde beispielsweise eine Datenbank zivilgesellschaftlicher Akteure eingerichtet, um die Politikgestaltung der EU nachvollziehen und mitgestalten zu können (vgl. Europäische Kommission 2016). Auch die hier bereits mehrfach genutzte Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses der EU ist in diesen Prozess einzuordnen. In der Stellungnahme ist einerseits die normative Funktion der Zivilgesellschaft benannt, aber auch die konkrete handlungsorientierte Definition dieser. Der Wirtschafts- und Sozialausschuss fasst unter zivilgesellschaftlichen Akteuren – die laut eigenen Angaben der „konkreten historischen Entwicklung“ unterliegen und als „dynamischer Begriff“ zu verstehen seien (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft 1999: 3) – Arbeitsmarktparteien, Vertretungsorganisationen im sozialen und wirtschaftli-

chen Bereich, NGOs, CBOs (*Community-Based Organisations*) und Religionsgemeinschaften zusammen (vgl. ebd.: 5).

Ähnlich geht auch die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des Bürgerlichen Engagements“ vor. Neben einer umfassenden Bestandsaufnahme zivilgesellschaftlichen Engagements in Deutschland wird hier neben einer normativen auch eine handlungsorientierte Definition der Zivilgesellschaft vorgenommen, die sich an dem Muster der Abgrenzung „zwischen den Polen Markt, Staat und Familie“ (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 2009: 12) orientiert.

Als ein weiteres praktisches Beispiel für den Umgang mit einer Zivilgesellschaftsdefinition soll an dieser Stelle das Netzwerk der Europäischen Bewegung Deutschland (EBD) herangezogen werden, welches im Mittelpunkt der praktischen Analyse von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten im Sinne dieser Studie steht. Die EBD versteht sich selbst als „größtes Netzwerk in Deutschland[, das] die ganze Breite der organisierten Zivilgesellschaft“ (Europäische Bewegung Deutschland 2016) abdeckt.

Diese Darstellung wird vom Auswärtigen Amt gestützt (vgl. Auswärtiges Amt 2014). Als ein Netzwerk zivilgesellschaftlicher Akteure agiert die EBD innerhalb eines Netzwerkes ähnlicher europäischer Zusammenschlüsse. Die Kategorisierung ihrer Mitgliedsorganisationen zeigt eine praktische Anwendung des diskutierten Rahmens zivilgesellschaftlicher Akteure auf: Bildung/Wissenschaft, gemeinnützige Organisationen, Gewerkschaften/Berufsverbände, Körperschaften des öffentlichen Rechts, Parteien, Stiftungen, Unternehmen, Vereine und Wirtschaft (vgl. Europäische Bewegung Deutschland 2016).

Im Zusammenhang mit dem Verständnis von Zivilgesellschaft zentral ist aber nicht nur die Frage der Abgrenzung von Zivilgesellschaft von den Bereichen Staat und Privatheit, sondern auch die Formen der grundsätzlichen Einbindung die Zivilgesellschaft in politische Prozesse. Idealtypisch lässt sich hierbei zwischen einem eher korporatistischen, einem eher pluralistischen und einem eher etatistischen Modell unterscheiden (zu den Konzepten des Korporatismus, Pluralismus und Etatismus vgl. Münch 2004: 151). Für die deutsche Zivilgesellschaft charakteristisch ist hierbei die Kombination bzw. auch das Nebeneinander von korporatistisch und pluralistisch geprägten Strukturen und Verfahrensabläufen. Verstärkt wird diese Pluralität auch durch den Prozesse der Europäischen Integration und die damit einhergehenden Europäisierungsprozesse in Deutschland. Denn hierdurch sind beispielsweise zivilgesellschaftliche Akteure, die innerdeutsch in einem korporatistisch geprägten Umfeld zu agieren gewohnt sind, zunehmend mit der

Herausforderung konfrontiert auf europäischer Ebene in einer eher pluralistisch geprägten Umgebung agieren zu müssen. Insoweit hat das Mehrebenensystem der EU auch unmittelbaren Einfluss auf die Art und Weise, wie Zivilgesellschaft in Deutschland organisiert und strukturiert ist. In der vorliegenden Studie ist es allerdings schwierig, Rückschlüsse auf den Einfluss solch unterschiedlicher Grundstrukturen auf das außenpolitische Agieren von zivilgesellschaftlichen Akteuren zu ziehen, da sich die Umfragen auf Akteure aus Deutschland und damit Akteure bezogen, die allesamt in einem System agieren, das sowohl Elemente des Korporatismus als auch des Pluralismus aufweist. Für künftige international vergleichende Studien zu Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure in der Außenpolitik könnten diese Fragen aber eine erhöhte Relevanz haben.

2.3 Theoretische Implikationen für die Forschungsarbeit

Die vorangestellten Überlegungen zeigen auf, dass auch nicht-staatliche Subjekte zumindest in der Theorie aktive Außenpolitik betreiben können. Sie werden von Objekten einer neuen Form der Diplomatie zu Subjekten dieser. In diesem netzwerkbasierten Ansatz der Public Diplomacy entsteht ein Mehr-Ebenen-Ansatz außenpolitischer Bemühungen. Jede Ebene, sei es staatliche oder nicht-staatliche, agiert sowohl miteinander als auch untereinander. Staatliche und nicht-staatliche Akteure können jeder für sich oder gemeinsam außenpolitisch handeln.

Als nicht-staatliche Akteure dieses Prozesses liegen im Fokus dieser Studie zivilgesellschaftlichen Akteure. Zivilgesellschaftliche Akteure werden dabei breit definiert. Sie müssen eine Reihe an Voraussetzungen erfüllen (Freiwilligkeit, Pluralität, Friedlichkeit, s. o. Merkel und Lauth) und sich in einem gedachten Raum zwischen Staat und Privatheit befinden. Der Trennschärfe zwischen diesen beiden Polen muss eine besondere Bedeutung beigemessen werden. Ist die Abtrennung zur Privatheit schon schwierig, kann diese allerdings mithilfe der Abgrenzung hin zum Grad der Professionalisierung getätigt werden. Auf der anderen Seite ist die Abgrenzung zu staatlichen Akteuren noch schwieriger, aber von umso größerer Bedeutung. Bei einer Vielzahl von Kooperationsansätzen ist es von Bedeutung, ob eine staatliche Mitarbeit in welcher Form auch immer stattfindet. Gerade in Deutschland ist eine unscharfe Trennung der unterschiedlichen Ebenen deutlich erkennbar und wurde in diversen Hintergrundgesprächen im Fortlauf dieser Studie bestätigt, auch dass diese Unschärfe im Ausland bei Partnern für Irritationen sorgen kann.

2. Public Diplomacy – Die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure in die Außenpolitik

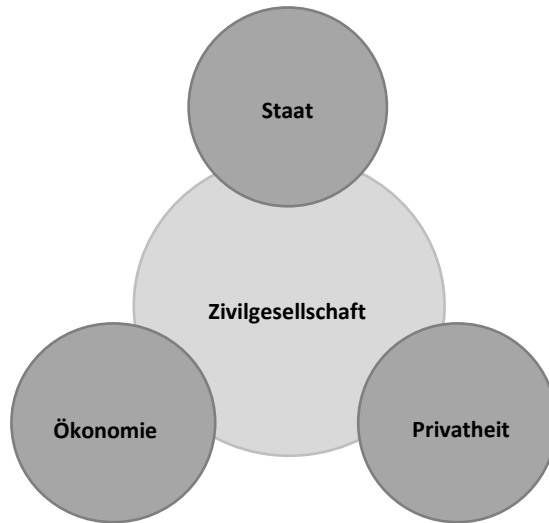


Abb. 1: Zivilgesellschaftsverständnis zwischen Staat, Ökonomie und Privatheit.

Quelle: Eigene Darstellung.

3. Das Vorgehen – Beschreibung des methodischen und organisatorischen Aufbaus der Studie

Für eine detaillierte Untersuchung des eingegrenzten Forschungsfelds baut die Studie auf drei Erhebungsebenen auf. Diese drei Ebenen und das jeweilige Vorgehen werden im Folgenden näher dargestellt.

- Theoretische Vorüberlegungen zur Definition und Abgrenzung des Forschungsgebietes
- Erste Analyseebene: Bestandsaufnahme – Interviews zur Überprüfung des theoretischen Rahmens sowie zur Identifizierung relevanter Akteure
- Zweite Analyseebene: Schriftliche Befragung der identifizierten Akteure über konkrete Erfahrungen außenpolitischen Handelns zur Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, sowie zusätzlich eine Vollerhebung sämtlicher Mitgliedsorganisationen der EBD
- Dritte Ebene: Detailanalyse zweier exemplarischer Fälle zur Überprüfung der Ergebnisse aus der Befragung.

Durch die erste Analyseebene wird eine Übersicht über den Status quo der derzeitigen Kontakte ausgewählter zivilgesellschaftlicher Akteure vorgenommen um aufzudecken wie Kooperationen ablaufen (Bestandsaufnahme). Ein besonderer Fokus liegt hierbei auf der Partnerakquise, also dem Identifizieren neuer potenzieller Kooperationspartner im Ausland sowie auf den Möglichkeiten und Schwierigkeiten der konkreten Zusammenarbeit. Erstes Ziel dieser Ebene der Untersuchung ist, die Akteure zu identifizieren, welche schwerpunktmäßig auf der darauffolgenden Ebene fokussiert analysiert werden. Zusätzlich soll durch diese erste Befragungswelle auch das zweite Ziel, die Verifikation des theoretischen Ansatzes dieser Arbeit, getestet werden. Durch Rückmeldungen aus der Praxis zivilgesellschaftlicher Arbeit kann verifiziert oder falsifiziert werden, ob das hier genutzte theoretische Grundverständnis von Zivilgesellschaft und deren außenpolitisches Handeln praktische Relevanz hat.

Die erste Erhebungswelle wird anhand von qualitativen Experteninterviews mit ausgewählten Gesprächspartnern durchgeführt (vgl. Meuser/Nagel 2011; Gläser/Laudel 2010). Die zu befragenden Personen werden mithilfe eines einstufigen Sampling-Verfahrens ausgewählt. Die Stichprobe wird anhand einer Kategorisierung von zivilgesellschaftlichen Akteuren ausgewählt, sodass bestmöglich aus jeder Kategorie ein Fall vertreten ist. Der den Interviews zugrunde liegende Leitfaden wird (in der gesamten Studie) auf Basis einer Kombination induktiver sowie deduktiver Vorgehensweisen entwickelt (vgl.

Schmidt 2008: 447; Helfferich 2009). Zunächst werden auf Basis von Fachliteratur die Termini Public Diplomacy und Zivilgesellschaft dargestellt und diese mit Darstellungen von Referenzakteuren (Europäische Bewegung Deutschland, Auswärtiges Amt, u. v. m.) angepasst. Zusätzlich wird ein Pretest des Fragebogens durchgeführt, um den Inhalt und dessen Aufbau zu überprüfen. Der Leitfaden wurde dabei im Sinne einer zirkulären Forschungsstrategie während der Interviewphase weiterentwickelt (vgl. Witt 2001), wie es in der qualitativen Sozialforschung üblich ist. Das bedeutet, dass nach jedem durchgeführten Interview der Leitfaden mittels der gewonnen Erkenntnisse für das folgende Interview angepasst wird. Mithilfe dieses Vorgehens können die halbstandardisierten Interviews zusätzliche Aspekte abdecken, die bei der Erstellung des Fragebogens noch nicht berücksichtigt wurden (vgl. Steinke 2008). Sämtliche Interviews wurden bei der Durchführung als Audiodatei mitgeschnitten und archiviert. Aus Gründen der Anonymisierung der Interviewpartner werden die Akteure jedoch nicht namentlich genannt.

Mit der zweiten Ebene soll ein Schwerpunkt auf einen Fokusbereich der internationalen Zusammenarbeit im Sinne der Public Diplomacy gelegt werden. Ein Bestreben der deutschen Außenpolitik ist die Verbreitung von rechtsstaatlichen und demokratischen Werten im Sinne der Freiheitlich Demokratischen Grundordnung (vgl. bspw. Deutsche Bundesregierung 2014: 15f.). Hierfür setzen sich gleichermaßen staatliche wie zivilgesellschaftliche Akteure mit einer Vielzahl von Ansätzen, Projekten und Kooperationen ein. Auf dieser Ebene soll im Vordergrund stehen, wie sich die konkreten Kooperationsformen ausgestalten. Dies bezieht sich einerseits auf die Akquise von Partner(organisationen), andererseits auf die praktischen Möglichkeiten und Schwierigkeiten, die bei der täglichen Arbeit entstehen. Ziel dieser zweiten Ebene ist es, herauszufinden, wie die Zusammenarbeit zwischen deutschen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Partnern im Ausland ausgestaltet ist, welche Projekte zur Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit führen, also inwiefern und wo Hindernisse und Möglichkeiten in der praktischen Arbeit gesehen werden.

Neben dieser detaillierten Befragung ausgewählter Akteure soll nachgestellt eine Vollbefragung sämtlicher Mitglieder der Zielgruppe durchgeführt werden. Das Ziel dieser Vollerhebung ist, ein breites Verständnis darüber zu erlangen, was die unterschiedlichsten Akteure im Durchschnitt an außenpolitischen Projekten und Kooperationen anbieten. Schwerpunkt bleibt allerdings die Detailbefragung, die im Folgenden methodisch präzisiert wird. Ein ähnliches methodisches Vorgehen gilt auch für die Vollerhebung.

Methodisch wird auf dieser Ebene mithilfe von standardisierten Online-Fragebögen vorgegangen.

„Durch die Verwendung standardisierter Fragen wird ein möglichst hoher Grad an Objektivität als Voraussetzung für die Reliabilität und Validität der Messungen beziehungsweise der eingesetzten Skalen angestrebt.“ (Reinecke 2014: 612)

Das Ansinnen dieser Studie ist von vornherein keine vollständige oder repräsentative Erhebung außenpolitischer Prozesse aller zivilgesellschaftlichen Akteure, sondern anhand von Stichproben ein höchstmögliches Maß an validen Ergebnissen zu erreichen. Dieser Effekt wird dadurch verstärkt, dass in der vorliegenden Studie die Mitgliedsorganisationen der Europäischen Bewegung Deutschland im Vordergrund stehen. Sämtliche dieser Organisationen sind zivilgesellschaftliche Akteure gemäß der dargestellten Definition, doch beschäftigt sich die EBD schwerpunktmäßig mit europäischer Politik und Außenpolitik. Die Studie versucht anhand der gewählten Stichprobe ein bestmögliches Ergebnis zu produzieren. Eine Eingrenzung der Stichprobe muss bei der umfassenden Materie vollzogen werden. Auch muss auf einen Verzerrungseffekt durch zu geringe Rückläuferquoten geachtet werden, vor allem bei kleineren Stichproben, wie es hier der Fall ist. Um eine größtmögliche Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wird aus der Grundgesamtheit, in diesem Fall sämtliche Mitgliedsorganisationen der Europäischen Bewegung Deutschland, eine Auswahl von zehn Prozent der Mitglieder getroffen. Diese zehn Prozent werden auf vorher identifizierten Kategorien zivilgesellschaftlicher Akteure gleichermaßen aufgeteilt. Durch persönliche Aufforderungen der Teilnahme an der Umfrage wird versucht, die Rücklaufquote hoch zu halten. Die Rückläufe bleiben trotzdem vollständig anonymisiert, da in den Online-Fragebögen die Bearbeiter nicht zu identifizieren sind. Auch zeigen Forschungen auf, dass die Teilnahmebereitschaft durch das intrinsische Interesse der Teilnehmer an der Thematik hoch gehalten wird (vgl. Wagner/Hering 2014: 667). Auch wenn offene Fragen in standardisierten Befragungen meistens vermieden werden (vgl. Reinecke 2014: 604), wird in dem Fragebogen in geringem Umfang mit Hybridfragen gearbeitet, indem die Teilnehmer zunächst zur eigenständigen freien Beantwortung aufgefordert werden und diese anschließend nochmals mit geschlossenen Antwortkategorien verifiziert wird.

Um die Ergebnisse der Befragung auf ihre Validität zu testen und noch tiefergehende Einblicke in die Arbeit zivilgesellschaftlicher Akteure in ihrer Funktion als außenpolitische Akteure, welche zur Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit beitragen, zu erhalten, wird der zweiten Ebene eine weitere, dritte Ebene nachgestellt. Nach dem Prinzip von „Mixed-Method“-Ansätzen (vgl. bspw. Kelle 2014, aber vor allem auch Lieberman

2005) können durch eine genauere Analyse ausgewählter Fallbeispiele nicht nur die Ergebnisse getestet, sondern ebenso neue Inhalte generiert werden. Aus diesem Grund sollen in der dritten Ebene der Untersuchung zwei ausgewählte Fallbeispiele detaillierter betrachtet werden. Hierfür wurde einerseits die Organisation des *European Youth Parliament* (EYP) der Schwarzkopf Stiftung ausgewählt und andererseits das Deutsch-Moldauische Forum (DMF) beziehungsweise das *Institute for European Policies and Reforms* mit Sitz in Moldau (IPRE). Das DMF verschreibt sich als Verein der Förderung der Republik Moldau in ihrem Demokratisierungs- und Transformationsprozess und strebt eine stärkere Wahrnehmung der Republik in der deutschen Öffentlichkeit an. Das IPRE ist ein politischer Think Tank, der die Politikgestaltung der Europäischen Union und ihre Konsequenzen für die Republik Moldau begleitet und erschließt, um die Bürger für eine Teilhabe an den Entscheidungsprozessen auf jeder Ebene zu mobilisieren.

Oberstes Ziel ist es, die Republik Moldau auf europäischen Werten und Standards aufzubauen. Diese zwei Akteure wurden ausgewählt, da die Republik Moldau ein direkter Nachbar der Europäischen Union in Südosteuropa ist und die vorherigen Untersuchungen aufgezeigt haben, dass es sich bei diesen Ländern um einen Schwerpunkt der Zusammenarbeit einer Vielzahl deutscher zivilgesellschaftlicher Akteure handelt. Zudem ist die Republik ein Land mit starken Einschränkungen, wie zum Beispiel Korruption und ständig wechselndem Politikpersonal, was die Bedeutung von zivilgesellschaftlichen Akteuren verstärkt. Die Untersuchung wurde mithilfe von leitfadenbasierten Interviews durchgeführt, für die drei Mitglieder des Vorstands beziehungsweise der Geschäftsführung befragt wurden.

Das EYP wiederum erfüllt nicht nur sämtliche Kriterien eines zivilgesellschaftlichen Akteurs, die dieser Studie zugrunde gelegt werden, sondern darüber hinaus alle Kriterien zur Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Ausland, welche sich auf Jugendliche fokussiert. Bei dem *EYP International* beziehungsweise seinem deutschen Ableger, das Europäische Jugendparlament Deutschland, sollen ähnlich wie beim DMF beziehungsweise IPRE mit einer Analyse der Akteure die Ergebnisse der ersten und zweiten Forschungsebenen überprüft und ein detaillierter Einblick in die Handlungspraxis der Akteure gewährt werden. Der Fokus bleibt hierbei auf konkreten Möglichkeiten und Hindernissen der Arbeit dieser ausgewählten zivilgesellschaftlichen Akteure. Beim EYP soll zudem kurz auf die Möglichkeiten von Jugendbildungsmaßnahmen im Besonderen eingegangen werden.

3. Das Vorgehen – Beschreibung des methodischen und organisatorischen Aufbaus der Studie

Die Fallauswahl wurde zudem auf Basis der vorangestellten Interviews getroffen, in denen das EYP als ein wichtiger Akteur in diesem Kontext benannt wurde. Im Fall des EYP ist ebenfalls mit leitfadenbasierten Interviews ausgewählter Akteure der Leitungsebene der Organisation gearbeitet worden, und zusätzlich wurde eine kurze standardisierte Befragung in Form eines Online-Fragenbogens unter ehemaligen Teilnehmern über den Effekt der Teilnahme durchgeführt.

4. Ergebnisse der qualitativen Experteninterviews

Insgesamt wurden sechs Akteure interviewt, wobei die Dauer zwischen 35 und 50 Minuten variierte. Sämtliche Interviews wurden Anfang Januar 2016 durchgeführt, außer einem Pretest, der zur Überprüfung des Leitfadens vorangestellt war. Die Mehrheit der Interviews wurde im Rahmen eines Feldforschungsaufenthalts in Berlin persönlich abgehalten, einzelne Interviews wurden als Telefoninterviews durchgeführt. Der zugrundeliegende Leitfaden ist im Anhang beigefügt. Da die Interviews maßgeblich zur Verifizierung des theoretischen Ansatzes sowie als Ausgangsbasis für die Entwicklung des Fragebogens genutzt wurden, wird an dieser Stelle lediglich auf die wichtigsten Ergebnisse aus diesen eingegangen.

Zivilgesellschaft

Als wichtigstes Ergebnis wird die Bestätigung der Konzeption von zivilgesellschaftlichen Akteuren angesehen. Sämtliche Interviewpartner stimmen vor allem der Abgrenzung gegenüber der staatlichen Seite zu und heben diese darüber hinaus als ein sehr wichtiges Kriterium hervor. Als Besonderheit wurde hier zudem genannt, dass in Deutschland die Abgrenzung schwierig sei, vor allem was die Finanzierung von zivilgesellschaftlichen Akteuren betreffe. Zwei Interviewpartner haben außerdem von Erfahrungen berichtet, dass bei Partnern aus anderen Ländern eine solche Verflechtung durch direkte oder indirekte finanzielle Unterstützung seitens staatlicher Stellen zumindest „für Verwunderungen“ gesorgt habe, da es aus den Herkunftsländern so nicht bekannt sei (hierzu weiter unten mehr).

Weitere Abgrenzungsprobleme wurden einerseits zur Privatheit deutlich, andererseits zu profitorientierten Zusammenschlüssen (Wirtschaftsunternehmen). Eine Abgrenzung der Zivilgesellschaft hin zur Privatheit, also einzelnen Privatpersonen, die in keiner organisierten Form agieren, würde ein Teil der Interviewpartner in dieser Form nicht vornehmen. Hier scheint es demnach eine Unschärfe dahingehend zu geben, was im Privaten passiert, also beispielsweise dem Familien- oder Freundesverband und was im öffentlichen Raum. Wenn jede Handlung im privaten Raum allerdings als zivilgesellschaftliches Handeln definiert würde, so stimmten die Interviewpartner überein, würde dies den Begriff ‚Zivilgesellschaft‘ über die Maße hinaus strapazieren und als Begrifflichkeit an sich unbrauchbar machen. Eine mögliche Erkenntnis hieraus ist, dass Zivilgesellschaft in Abgrenzung zur Privatheit als ‚professionell‘ und ‚nicht professionell‘ bzw. ‚organisiert‘ und ‚nicht organisiert‘ eingeteilt werden kann, wobei Professionalität keine Maßzahl der Qualität oder Effektivität zivilgesellschaftlichen Engagements sein kann. Vielmehr soll diese Abgrenzung darstellen, dass es ein Engagement einzelner Personen geben kann (nicht

professionalisiert), was quasi, um auf die Definition von Dieter Gosewinkel et al Bezug zu nehmen, in einem nicht öffentlichen Raum stattfindet (vgl. Gosewinkel 2004: 11f). Natürlich können auch Einzelpersonen im öffentlichen Raum handeln, doch müssten diese in irgendeiner Form eine Art Professionalisierung durchlaufen, indem sie in Strukturen jeglicher Art (bestehend oder neu zu schaffende) eingebunden werden.

Die letzte Abgrenzungsproblematik wurde gegenüber profit-orientierten Zusammenschlüssen deutlich, wobei im Fortlauf der jeweiligen Gespräche die Unschärfe zumeist recht deutlich herausgestellt wurde. Akteure, die mit gewinnorientierten Interessen handeln, wurden teilweise nicht als zivilgesellschaftliche Akteure definiert, wobei klargestellt wurde, dass auch beispielsweise Unternehmen durch soziales Engagement zur Zivilgesellschaft zu zählen sind, selbst wenn dies letztendlich eine Profitmaximierung als Nebeneffekt bedeuten könnte. Auch wirtschaftsnahe Verbände wurden hier teilweise als kritisch angesehen. Dieser Aspekt wird im Fragebogen erneut aufgegriffen und ausführlich untersucht.

Bezüglich der eigenen Wahrnehmung über enge finanzielle Verbindungen zwischen der deutschen Zivilgesellschaft und staatlichen Stellen, haben sämtliche Interviewpartner grundlegend keine Bedenken oder Vorbehalte geäußert, was allerdings auch wenig überraschend ist, da die Interviewpartner entsprechend auf solche Unterstützungsleistungen von staatlichen Stellen angewiesen sind. Die Mehrzahl der Gesprächspartner sahen diese Verflechtungen als gegeben an. Sehr deutlich wurde hervorgehoben, dass dies nicht mit staatlicher Einflussnahme auf die konkrete Arbeit der zivilgesellschaftlichen Akteure gleichzusetzen sei. Diese Unabhängigkeit, die entsprechend auch gewährt werden müsse, wurde vielfach hervorgehoben. Entsprechend wurde darauf hingewiesen, dass eine solche finanzielle Unterstützung transparent gestaltet werden müsse, egal von welchen Stellen die Finanzmittel kämen.

Dass diese komplexe Struktur der deutschen Zivilgesellschaft bei ausländischen Partnern zu Irritationen führt, wurde ebenso geäußert. Als Hauptpunkt ist festzuhalten, dass es nach Ansicht der Interviewpartner, eine solch umfassend ausgeprägte Zivilgesellschaft wie die deutsche, in kaum einem anderen Land gäbe. Teilweise wurde hier von „Einzigartigkeit“ gesprochen. Dies wurde von einer Vielzahl an konkreten Erfahrungen untermauert. So haben sich beispielsweise ausländische zivilgesellschaftliche Akteure aus Europa an einen Interviewpartner gewandt und um Unterstützung gefragt, da es keine Ansprechpartner im eigenen Land gäbe. Mehrere Interviewpartner berichteten auch davon, dass sie zunehmend Partnern aus dem Ausland die deutsche zivilgesellschaftliche Struktur erklären müssen, auch im Hinblick auf die staatliche Unterstützung. Hindernisse bezüglich der Kooperation aufgrund der Zivilgesellschaftsstruktur in Deutschland, wel-

che dazu geführt hätten, dass Projekte nicht umgesetzt werden können, hat keiner der Beteiligten angesprochen. Im Vordergrund der Gespräche standen die Auseinandersetzungen mit den unterschiedlichen Strukturen und die mannigfaltigen Bemühungen, die jeweiligen Zivilgesellschaften zu verstehen und zu erklären, was wiederum in dem Fragebogen ausführlicher erforscht werden soll.

Public Diplomacy

Detaillierte Erkenntnisse konnten auch bezüglich des Konzepts der Public Diplomacy ermittelt werden sowie zu den Außenbeziehungen der Akteure und den damit erlangten Erfahrungen. Festzustellen ist, dass die theoretische Debatte, wie sie bereits dargestellt wurde, bei den Gesprächspartnern weitgehend unbekannt war, ebenso verhält es sich bei der praktischen Adaption des Konzepts. Dies bezieht sich auf die Betitelung eines Vorgehens, welches sämtliche Akteure im Alltag vielfältig umsetzen. Übertragen auf das Konzept der Public Diplomacy, bestätigten alle Gesprächspartner, dass hier ein netzwerkbasierter Ansatz von hoher Bedeutung ist. Dieser wird von staatlichen Stellen zwar als förderungswürdig benannt, in der Umsetzung sind aber noch Optimierungspotenziale gegeben. Mehrfach wurde davon gesprochen, dass von staatlicher Seite die jeweiligen zivilgesellschaftlichen Akteure als „nachgeordnet“ oder zweitrangige Adressaten betrachtet werden. Interessanterweise gilt dies sowohl für Vertreter deutscher staatlicher Stellen als auch für Vertreter ausländischer staatlicher Stellen.

Dieses eigenständige außenpolitische Handeln wird demnach vor allem als eine Chance gesehen. Ein Gesprächspartner benannte dies wie folgt: „[Unser Potenzial liegt] in der Vielfalt, in der wir uns präsentieren. Man sieht darin natürlich auch durchaus einen Vorteil, gegenüber einer kohärenten Einfalt.“ Diese Vielfalt, die für pluralistische Gesellschaften kennzeichnend ist, erlaubt es, die außenpolitische Wirkung Deutschlands mit zu gestalten. Dass in diesem Zuge die Frage nach der Legitimität der deutschen Zivilgesellschaft als politischer Akteur gefragt werden muss, wurde von einem Gesprächspartner betont.

Außenpolitisches Handeln der befragten Akteure findet aber, bis auf wenige Ausnahmen, unbeeinflusst und somit frei statt. Das Bild, welches bei dem unabhängigen Agieren der Zivilgesellschaft bereits geprägt wurde, wird hier nochmals bestätigt und als ein wichtiges Gut besonders stark hervorgehoben, welches sich die Akteure weitestgehend bewahren möchten. Eine Einflussnahme durch staatliche Stellen, wie dem Auswärtigen Amt, findet in der Regel nicht statt, auch wenn finanzielle Mittel zur Umsetzung der Ziele gewährt wurden. Als Schlussfolgerung kann festgehalten werden, dass eine Wahrnehmung der deutschen Zivilgesellschaft als eigenständiger außenpolitischer Akteur von staatlicher Seite her als nicht gegeben angesehen wird. Dies bedeutet, dass sich die

Selbstwahrnehmung der zivilgesellschaftlichen Akteure über das Potenzial ihres außenpolitischen Handelns von der Wahrnehmung staatlicher Akteure über dieses Potenzial (teils stark) unterscheidet.

Es wurde in den Interviews zudem deutlich, dass der Adressatenkreis zivilgesellschaftlicher Akteure sich nicht nur auf ausländische staatliche Stellen beschränkt, sondern gleichermaßen andere zivilgesellschaftliche Organisationen im Ausland einschließt. Mehrere Interviewpartner führten aus, dass sie nach eigener Ansicht zur Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Drittländern beitragen. Allerdings muss hier eine Unterscheidung zwischen expliziten und impliziten Wirkungszusammenhängen getroffen werden. Manche Akteure möchten direkt das Rechtsstaatsverständnis oder die Demokratiewahrnehmung anderer Akteure oder Personen im Ausland beeinflussen. Andere Akteure beharren hier auf – in ihrem Sinne – Neutralität und möchten keinen „Werte- oder Regelexport“ betreiben. Doch wurde betont, dass durch die kritische Auseinandersetzung mit Inhalten natürlich auch zur Stärkung der genannten Komplexe beigetragen wird.

Bezüglich der Auswahl von weiteren Akteuren für die hier vorliegende Studie haben die Gesprächspartner eine mögliche Unterteilung der zivilgesellschaftlichen Akteure in Deutschland größtenteils untermauert. Als Grundlage für die Bildung der Kategorien, aus denen die Stichprobe gezogen wurde, dient eine Einteilung, die von der EBD vorgenommen wurde. Diese Einteilung wurde zunächst von Doppelungen und internen Organisationseinheiten bereinigt und in den durchgeführten Interviews zusätzlich abgefragt. Somit ergeben sich als Kategorien, in welche die zivilgesellschaftlichen Akteure in Deutschland eingeteilt werden können:

- Bildung/Wissenschaft
- gemeinnützige Organisationen
- Gewerkschaften/Berufsverbände
- Parteien
- Stiftungen
- Unternehmen
- Vereine
- Wirtschaftsverbände.

Bereits weiter oben wurde ausgeführt, dass die Einbeziehung von gewinnorientierten Akteuren von Teilen der Gesprächspartner als nicht eindeutig klassifizierbar angesehen wird.

5. Ergebnisse der Online-Befragung

5.1 Ausführliche Befragung (Stichprobe)

Im Rahmen der detaillierten Befragung ausgewählter Teilnehmer wurden insgesamt 21 Befragungseinladungen versandt. Die Auswahl der Teilnehmer erfolgte auf Basis der zuvor geführten Interviews. Von dieser Auswahl haben insgesamt 11 Akteure an der Befragung teilgenommen, wobei ein Teilnehmer nach der ersten Frage abgebrochen hat und somit nicht gewertet werden konnte. Somit ergibt sich eine Ausschöpfungsquote von 52 Prozent beziehungsweise 47 Prozent, auf die sich nachfolgend bezogen wird. Diese geringe Fallzahl hat den Vorteil, detaillierte und tiefgehende Inhalte abfragen zu können, birgt aber auch das Problem, dass eine Verallgemeinerung der Ergebnisse nicht per se vorgenommen werden kann. Insgesamt wurden den Teilnehmern bis zu 31 Fragen vorgelegt, einschließlich der Beantwortung von Selektionsfragen, durch die die Teilnehmer zu bestimmten Fragen automatisch weitergeführt wurden.

Der Einstieg in die Befragung wurde durch einen theoretischen Teil getätigt, der zur Überprüfung des theoretischen Ansatzes dieser Ausarbeitung sowie der Abfrage des Eigenverständnisses der Teilnehmer dient. Aus diesem Abschnitt geht hervor, dass die Teilnehmer mehrheitlich ein enges Begriffsverständnis von Zivilgesellschaft aufweisen. 46 Prozent der Befragten sehen Zivilgesellschaft als „professionelle, nicht-staatliche und nicht auf Gewinn ausgerichtete Zusammenschlüsse“ an. Somit werden nicht nur staatliche und gewinnorientierte Akteure ausgeschlossen, sondern auch Privatpersonen. Ein gewisser Grad an Professionalisierung scheint den Befragten für die eigene Wahrnehmung der Zivilgesellschaft unabdingbar zu sein. Allerdings haben nur zehn Prozent weniger, also 36 Prozent der Befragten, eine Antwortkategorie ausgewählt, in der explizit Privatpersonen der Zivilgesellschaft zugeordnet werden (vgl. Abb. 2). Eine Minderheit würde auch gewinnorientierte Zusammenschlüsse, also Unternehmen zur Zivilgesellschaft zählen. Dieses Bild deckt sich auch mit den Erkenntnissen, die aus den zahlreichen Interviews gewonnen werden konnten. In diesen war der größte Diskussionspunkt, was genau zu gewinnorientierten Zusammenschlüssen zu zählen sei. Unternehmen wurden größtenteils ausgeschlossen, doch bestätigte die Mehrheit der Interviewpartner, dass sie Zusammenschlüsse wie Wirtschaftsverbände durchaus als zivilgesellschaftliche Akteure definieren würden, auch wenn hier letztendlich die Arbeit der Akteure auf die Gewinnmaximierung ihrer Teilnehmer ausgerichtet sei. Ebenso wurde angemerkt, dass es neben Wirtschaftsverbänden andere zivilgesellschaftliche Akteure gäbe, die (teilweise zum Eigenerhalt) auf die Maximierung von Gewinnen aus seien.

5. Ergebnisse der Online-Befragung

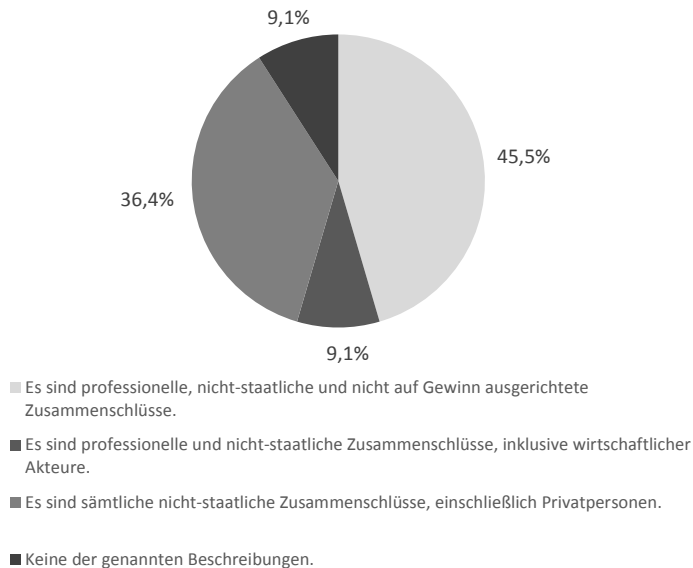
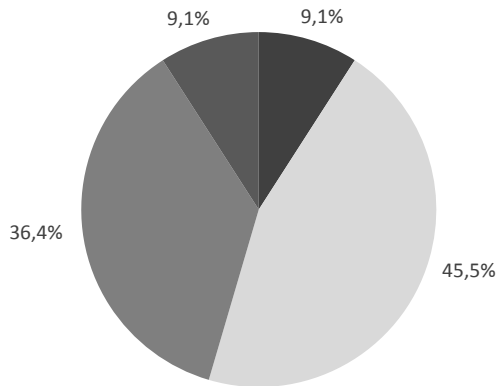


Abb. 2: „Welche der unten genannten Definitionen umschreiben den Begriff der „Zivilgesellschaft“ am ehesten für Sie?“ Anteil der Zustimmung zur Definition in Prozent

Quelle: Eigene Darstellung

Bei der Frage nach dem Verständnis eines Public Diplomacy Begriffs fielen die Antworten eindeutiger aus. Lediglich ein Teilnehmer versteht unter Public Diplomacy das, was in dieser Ausarbeitung als staatszentriertes, hierarchisches Modell dargestellt wurde (vgl. Abb. 3). Die verbleibenden 82 Prozent ordnen sich implizit dem netzwerkbasierten Modell zu. Insgesamt 36 Prozent der Teilnehmer verstehen der Befragung nach unter Public Diplomacy den Ansatz der European Public Diplomacy, also dem Vernetzen einer Vielzahl von Akteuren (staatlich sowie nicht-staatlich) zum Erreichen allgemeiner und individueller Ziele sowie die Vernetzung auf europäischer Ebene zur Durchsetzung dieser Ziele. Diese Ansichten können dahingehend interpretiert werden, dass die Teilnehmer der Befragung ein hohes Maß an Eigenverantwortlichkeit sowie Unabhängigkeit zur Formulierung sowie Durchsetzung ihrer Ziele an den Tag legen. Die Befragten sehen sich somit nicht als ‚Agenten‘ oder ‚Botschafter‘ staatlich formulierter Ziele, zu deren Durchsetzung sie beauftragt oder angeregt werden, wie es der hierarchische Ansatz von Public Diplomacy vorsehen würde. Diese hohe Autonomie wird auch im Fortlauf der Antworten noch deutlicher.

5. Ergebnisse der Online-Befragung



- Eine neue Form der Diplomatie staatlicher Akteure, die vor allem auf neueren Kommunikationswegen beruht und sich auch an nicht-staatliche Akteure richtet.
- Die Einbindung einer Vielzahl von Akteuren jeglicher Form in außenpolitisches Handeln eines Landes, sowie das autonome außenpolitische Handeln von zivilgesellschaftlichen Akteuren.
- Das außenpolitische Handeln von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie die Vernetzung zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren in mehreren Ländern zur Durchsetzung politischer Ziele.
- Der Begriff ist mir nicht bekannt.

Abb. 3: „Was bedeutet der Begriff „Public Diplomacy“ am ehesten für Sie?“ Anteil der Zustimmung zur Definition in Prozent

Quelle: Eigene Darstellung

5. Ergebnisse der Online-Befragung

Die Abfrage der quantitativen Aktivitäten in Drittstaaten ergibt, dass sämtliche Teilnehmer außerhalb von Deutschland tätig sind (vgl. Abb. 4). Eine Mehrheit von 64 Prozent ist sogar in mehr als zehn Staaten aktiv, beziehungsweise über 27 Prozent sogar in mehr als 30 Staaten.

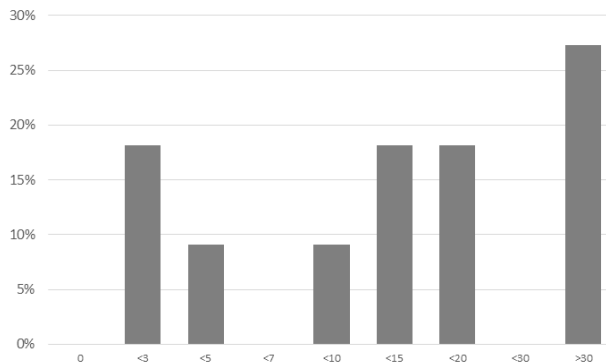


Abb. 4: „In wie vielen Ländern sind Sie mit Ihrer Organisation aktiv?“ Anteil der Aktivitäten im Ausland in Prozent

Quelle: Eigene Darstellung

Die geografische Fokussierung der Befragten liegt klar auf dem europäischen Raum (vgl. Abb. 5). Dies ist sicherlich auch der Auswahl der Teilnehmer geschuldet, da diese aus den Mitgliedsorganisationen der Europäischen Bewegung Deutschland getroffen wurde und sämtliche Akteure somit unter anderem auch europäische Ziele verfolgen. Die Vollerhebung unter sämtlichen Mitgliedern der EBD, die im Laufe dieser Ausarbeitung noch detaillierter vorgestellt wird, differenziert dieses Bild dahingehend, dass ein hoher Anteil der Teilnehmer nicht nur in Mitgliedsstaaten der EU aktiv ist, sondern darüber hinaus in europäischen Staaten, die kein Mitglied der EU sind.

5. Ergebnisse der Online-Befragung

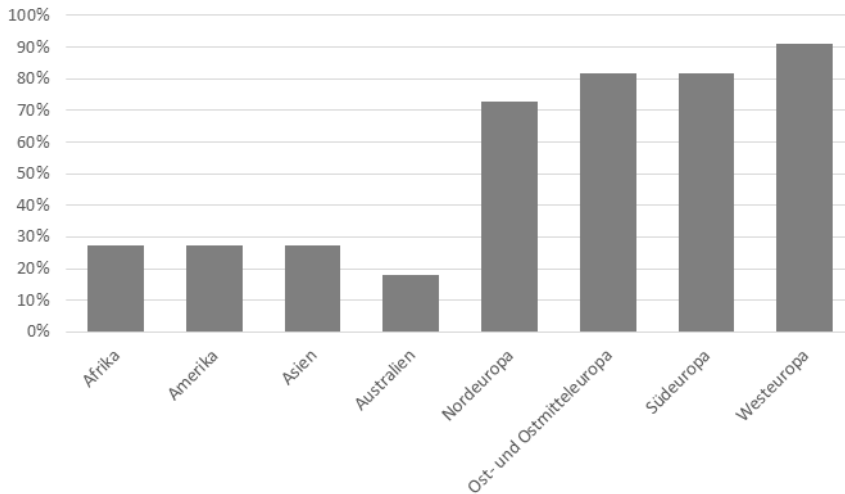


Abb. 5: „In welchen Ländergruppen sind Sie mit Ihrer Organisation aktiv?“ Anteil der Aktivitäten in Länder-gruppen in Prozent

Quelle: Eigene Darstellung

Diese Aktivitäten in Drittstaaten scheinen aber überwiegend von Deutschland aus gesteuert zu werden. Lediglich 36 Prozent der befragten Akteure haben Niederlassungen im Ausland. In diesen Niederlassungen arbeiten im Durchschnitt circa zwölf Mitarbeiter (lediglich bei einem Akteur arbeiten über 30 Mitarbeiter im Ausland, bei zwei Akteuren zwischen einem und drei Mitarbeitern). Ein ähnliches, sehr differenziertes Bild zeigt Abbildung 6.

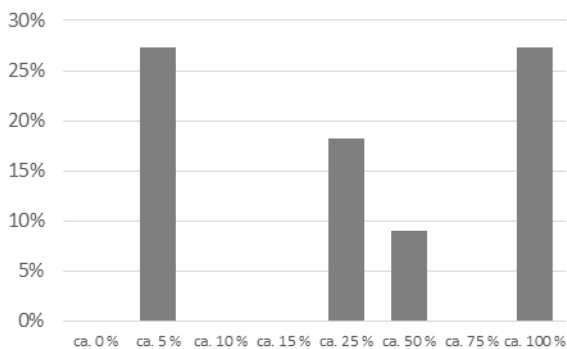


Abb. 6: „Wie viel Prozent Ihrer eigenen Mitarbeiter sind ungefähr in Projekte im Ausland involviert?“

Anteil der Mitarbeiter bei Projekten im Ausland in Prozent

Quelle: Eigene Darstellung

5. Ergebnisse der Online-Befragung

Als eines der wichtigsten Ziele der Arbeit im Ausland wird eine hohe Bandbreite inhaltlicher Aspekte benannt, doch zeigt die freie Beantwortung einer offenen Frage auf, dass vornehmlich die Schaffung und Etablierung von Netzwerken im Vordergrund zu stehen scheinen. Auf die Frage, welches die drei wichtigsten inhaltlichen Ziele seien, wurden mehrfach Nennungen wie „Vernetzung Gleichgesinnter“, „wissenschaftlicher Austausch“, „Begegnungen“ oder „gegenseitiges Verständnis“ genannt. Dies verdeutlicht, dass die Vermittlung von Inhalten, also Wissen, mehrheitlich nicht als vorrangig angesehen wird. Die Möglichkeiten der Vernetzung und somit des interkulturellen Austauschs scheinen hier bedeutsamer zu sein. Wenn es jedoch um konkrete Ziele der Arbeit geht, werden allgemeine europapolitische Ziele mit 80 Prozent als wichtigstes Ziel genannt, gefolgt von allgemeiner Bildungsarbeit und interkulturellem Austausch mit jeweils 70 Prozent, sowie Demokratieförderung mit 50 Prozent (vgl. Abb. 7). Diese Ziele werden versucht durch die Veranstaltungsformate Konferenzen, Delegationsreisen, Bildungsreisen und sonstige Formen der Weiterbildung zu erreichen. Der Adressatenkreis scheint hier mehrheitlich keiner konkreten Altersgruppe zuzuordnen zu sein.

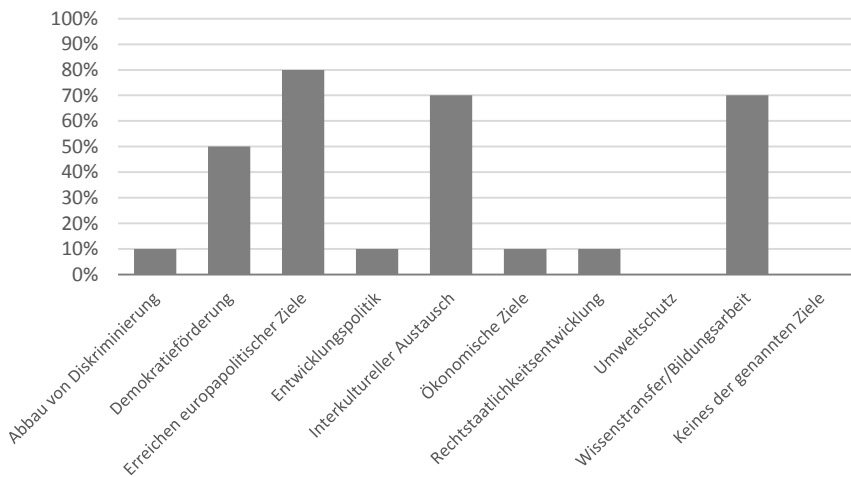


Abb. 7: „Welche(s) der nachfolgenden Ziele verfolgen Sie mir Ihrer Arbeit im Ausland?“ Bitte nennen Sie die drei wichtigsten.

Quelle: Eigene Darstellung

Ein durchaus selbstkritisches Bild zeichnet sich bei den Teilnehmern bezüglich der Wahrnehmung der geleisteten Arbeit ab. Wenn es sich um die Wahrnehmung der Arbeit in dem betreffenden Land handelt, schätzen 55 Prozent diese neutral mit „teils-teils“ ein. 18 Prozent beschreiben die Wahrnehmung sogar als schlecht (vgl. Abb. 8).

5. Ergebnisse der Online-Befragung

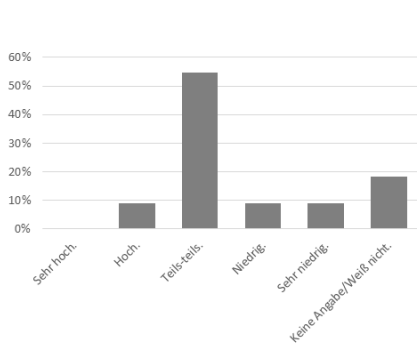


Abb. 8: „Als wie hoch stufen Sie die Wahrnehmung Ihrer Arbeit im Ausland in dem betreffenden Land allgemein ein?“ Wahrnehmung der Arbeit im Ausland in Prozent

Quelle: Eigene Darstellung

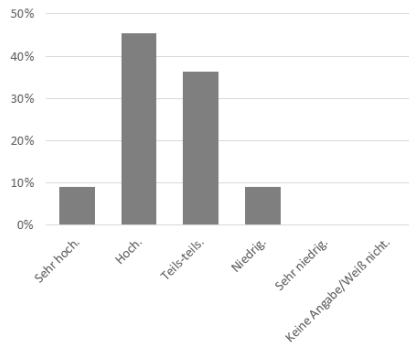


Abb. 9: „Als wie hoch stufen Sie die Wahrnehmung Ihrer Arbeit im Ausland bei Ihren Partnern ein?“ Wahrnehmung der Arbeit bei Partnern in Prozent

Quelle: Eigene Darstellung

Es scheint hier demnach eine Unzufriedenheit mit der Wirkungsweise und der öffentlichen Resonanz der Arbeit zu geben. Ähnliches gilt für die Wahrnehmung der eigenen Arbeit durch die direkten Partner vor Ort, auch wenn dieses Bild nicht ganz so selbstkritisch zu deuten ist (vgl. Abb. 9).

Auch die Wahrnehmung unter den staatlichen Akteuren in dem Land, in dem die deutschen zivilgesellschaftlichen Akteure tätig sind, wird als schlecht eingestuft, jedoch noch etwas besser als bei der Wahrnehmung durch die Bevölkerung (s. o.). Keiner der Teilnehmer hat die Resonanz seiner Arbeit bei staatlichen Stellen in Drittstaaten als sehr hoch eingestuft und lediglich 27 Prozent als „hoch“. Mit 36 Prozent der Angaben im negativen Bereich und genauso vielen im neutralen Bereich scheint hier entweder Unsicherheit über die tatsächliche Wahrnehmung der eigenen Arbeit vorzuherrschen oder diese als schlecht angesehen (vgl. Abb. 10).

Natürlich kann es auch von Bedeutung sein, dass die Wahrnehmung der eigenen Arbeit aufgrund von Understatement neutral gehalten wird, was bei einem anonymisierten Fragebogen jedoch unwahrscheinlicher ist. Sehr interessant ist hingegen, dass die Wahrnehmung der eigenen „Arbeit im Ausland bei staatlichen Akteuren in Deutschland (bspw. dem Auswärtigen Amt oder anderen deutschen Regierungsstellen)“ als deutlich höher angesehen wird. 46 Prozent der Befragten geben diese als „hoch“ an und mit 27 Prozent sind diejenigen Akteure, die diese als „niedrig“ – also negativ zu wertend – angeben in der Minderheit (vgl. Abb. 11). Wie weiter vorne dargestellt wurde, streben die befragten Akteure zwar klar nach Unabhängigkeit von staatlichen Stellen, doch scheint die eigene

5. Ergebnisse der Online-Befragung

Arbeit stärker von eben diesen wahrgenommen zu werden, als von der Bevölkerung und Partnerorganisationen, an die sich die Inhalte und Formate der Arbeit im Ausland richten.

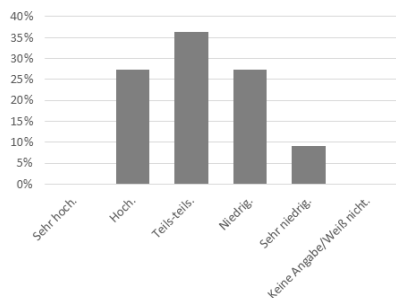


Abb. 10: „Als wie hoch stufen Sie die Wahrnehmung Ihrer Arbeit im Ausland bei staatlichen Akteuren in dem betreffenden Land ein?“, Wahrnehmung der Arbeit bei staatlichen Akteuren im Ausland in Prozent
Quelle: Eigene Darstellung

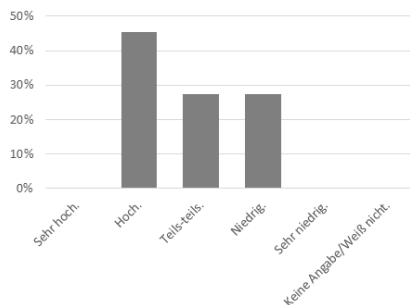


Abb. 11: „Als wie hoch stufen Sie die Wahrnehmung Ihrer Arbeit im Ausland bei staatlichen Akteuren in Deutschland ein?“, Wahrnehmung der Arbeit bei staatlichen Akteuren in Deutschland in Prozent
Quelle: Eigene Darstellung

Um detaillierte Einsichten in die Herausforderungen und aber auch Möglichkeiten der Arbeit deutscher zivilgesellschaftlicher Akteure im Ausland zu erlangen, wurden die Befragungsteilnehmer intensiv über den Prozess der Kontaktaufnahme mit Kooperationspartnern im Ausland befragt. Dieses teils differenzierte Bild soll im Folgenden vorgestellt werden.

Der Aussage, dass die Kontaktaufnahme mit Partnerorganisationen im Ausland schwierig sei, haben die Teilnehmer größtenteils nicht zugestimmt. Immerhin 40 Prozent haben sich diesbezüglich neutral verhalten und mit „teils-teils“ geantwortet. 30 Prozent konnten der Aussage überhaupt nicht zustimmen. Lediglich zehn Prozent haben dieser Aussage zugestimmt, wenn auch nicht in der höchsten Kategorie der Zustimmungsoptionen. Durch mehrere Nachfragen wurde versucht, dieses Bild zu präzisieren.

Die Nachfrage nach der Art und Weise der Kontaktaufnahme durch die deutschen Akteure zeigt klar auf, dass es sich hierbei vor allem um eine Kontingenz der eigenen Arbeit handelt. Bei einer offenen Frage über den Ablauf der Kontaktaufnahme wurden am häufigsten die Punkte „selbstständige Kontaktaufnahme“, „Empfehlung“ oder „eigenes Netzwerk“ genannt. Dieser Rückgriff auf den eigenen Fundus an Kontakten wird direkt gefolgt von Kontakten durch andere Akteure und zwar sowohl von zivilgesellschaftlichen, sowie auch von staatlichen Akteuren. Bestätigt wird dieses Bild durch die Abbildung 12.

5. Ergebnisse der Online-Befragung

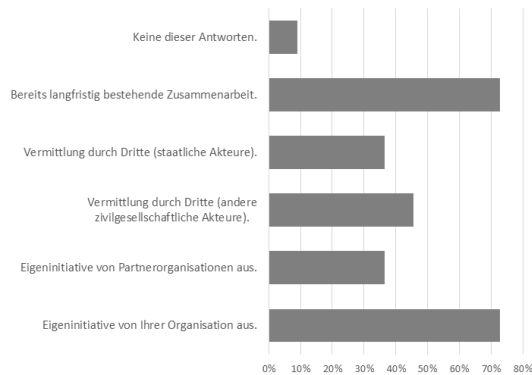


Abb. 12: „Mithilfe welcher der folgenden Kategorien kann die Art und Weise der Kontaktaufnahme von Ihrer Organisation zu ausländischen Partnerorganisationen beschrieben werden?“, Kategorien der Kontaktaufnahmemöglichkeiten in Prozent

Quelle: Eigene Darstellung

Darüber hinaus scheint es eine breite Vernetzung der deutschen zivilgesellschaftlichen Akteure im Ausland zu geben. 90 Prozent der Befragten gaben an, dass sie im Ausland mit anderen deutschen zivilgesellschaftlichen Organisationen im Kontakt seien. Der Eindruck, der sich auch bereits aus den Interviews ergeben hat, dass die deutsche Zivilgesellschaft im Ausland sehr gut auch untereinander vernetzt ist, wird hierdurch bestätigt.

Ferner wurde abgefragt – unter der Annahme, dass es durch Unterschiede in den Strukturen von Zivilgesellschaften der verschiedenen Länder zu Hindernissen in der Zusammenarbeit kommen kann – ob sich die Akteure solchen Schwierigkeiten ausgesetzt sehen und tatsächlich Hindernisse in der Zusammenarbeit erkennen. Die Annahme wird durch die Ergebnisse der Befragung allerdings nur teilweise gestützt. Die Teilnehmer der Befragung sehen weniger Probleme von ausländischen Akteuren mit der deutschen Strukturiertheit der Zivilgesellschaft, sondern vielmehr Probleme von deutschen Akteuren mit der Struktur der Zivilgesellschaften im Ausland!

Immerhin 30 Prozent sehen es als ein Hindernis zur Gewinnung von Kooperationspartnern an, dass sich die Struktur und damit der Aufbau der Zivilgesellschaft des jeweiligen Landes unterscheiden. Nur 20 Prozent sehen dies nicht als gegeben an (vgl. Abb. 13). Als Begründung für diese Ansichten wurde vor allem die (zeit)historische Entwicklung der unterschiedlichen Strukturen angegeben. In einer offenen Frage nach den Gründen haben die Teilnehmer am häufigsten Punkte wie „Stellenwert der zivilgesellschaftlichen

5. Ergebnisse der Online-Befragung

Akteure in Deutschland relativ hoch“, „andere Tradition“, „unterschiedliche historische Entwicklung der Zivilgesellschaft und des Staates“ oder „anderes Verhältnis von Bürger und Staat“ angegeben. Erst zweitrangig wurden Hindernisse aufgrund von Finanzierungsengpässen genannt.

Allerdings scheinen die Teilnehmer für ausländische Akteure in Deutschland gute Bedingungen für die Zusammenarbeit zu sehen. Ob die „Komplexität der Struktur und des Aufbaus der deutschen Zivilgesellschaft“ als erschwerend für eine Zusammenarbeit angesehen wird, sehen ganze 80 Prozent der Befragten als nicht gegeben an (vgl. Abb. 14).

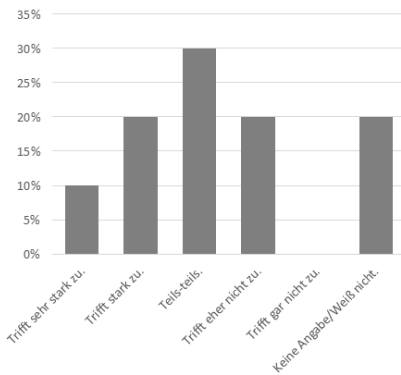


Abb. 13: „In anderen Ländern ist es schwierig Kooperationspartner zu finden, da sich die zivilgesellschaftlichen Strukturen sehr stark von der deutschen Struktur unterscheiden“, Unterschiede der Zivilgesellschaft als Hindernis in Prozent
Quelle: Eigene Darstellung

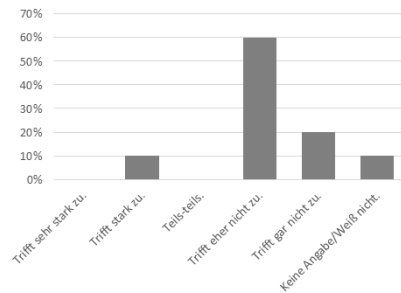


Abb. 14: „Die Komplexität der Struktur und des Aufbaus der deutschen Zivilgesellschaft wird meiner Erfahrung nach im Ausland als erschwerend für eine Zusammenarbeit angesehen“, Komplexität der deutschen Zivilgesellschaft als Hindernis in Prozent
Quelle: Eigene Darstellung

Ein Teil der Komplexität der deutschen Zivilgesellschaft hat seinen Ursprung in den vielschichtigen Finanzierungsmöglichkeiten. Auch durch die Interviews wurde bestätigt, dass in Deutschland, anders als in manchen anderen Ländern, die Finanzstrukturen nicht immer eindeutig erkennbar sind. Da ohne eine entsprechende Finanzierung ein Handeln nicht möglich ist, können schnell Befürchtungen entstehen, dass eben dieses Handeln durch Finanzmittel, beziehungsweise die Vergabe dieser, beeinflusst wird. Dies kann in der Zusammenarbeit mit ausländischen Akteuren gerade dann von gehobener Bedeutung sein, wenn diese Mittel von öffentlicher, also staatlicher Seite bereitgestellt werden.

Eine Nachfrage über die Finanzierungsmodelle der deutschen Zivilgesellschaft zeigte deutlich auf, dass sämtliche Teilnehmer eine Mischfinanzierung als das dominierende Modell ansehen. 100 Prozent gaben an, dass ihrer Einschätzung nach ein „Modell der

5. Ergebnisse der Online-Befragung

Mischfinanzierung aus privaten und öffentlichen Geldern“ das in Deutschland vorherrschende Modell sei.

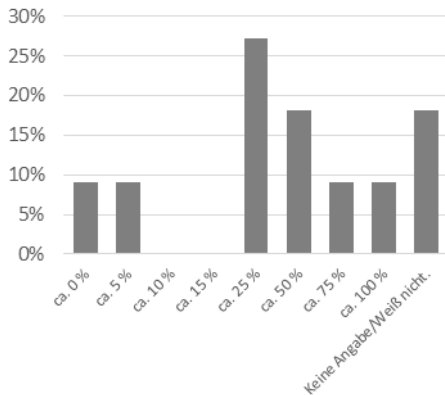


Abb. 15: „Wie viel Prozent Ihrer Arbeit im Ausland geschieht im Rahmen von nationalen oder europäischen Fördermitteln?“, Mittel aus Förderprogrammen Anteil der Projekte im Ausland

Quelle: Eigene Darstellung

Die direkte Arbeit der Befragten im Ausland wird dabei im Durchschnitt mit 40 Prozent durch nationale oder europäische Förderprogramme finanziert. Abbildung 15 kann entnommen werden, dass bei knapp der Hälfte der Teilnehmer die Finanzierung aus Förderprogrammen sogar die Hälfte der Mittel oder mehr ausmacht. Entsprechend sind die Akteure, die ihre Projekte mehrheitlich eigenfinanzieren nur knapp in der Mehrheit. Lediglich neun Prozent gaben an, dass keine Mittel aus Förderprogrammen für die Arbeit im Ausland verwendet werden. Eine zumindest anteilige Abhängigkeit von Fördermitteln ist demnach gegeben.

Wie bereits weiter oben angedeutet, zeigt Abbildung 16, dass nach Ansicht der Mehrheit der Befragungsteilnehmer die komplexen Finanzierungsströme der deutschen Zivilgesellschaft im Ausland nicht als Hindernis für eine Zusammenarbeit angesehen werden. Vorbehalte von ausländischen Organisationen gegen Kooperationen mit deutschen zivilgesellschaftlichen Akteuren aufgrund der Herkunft von Finanzmitteln sind demnach zumindest in der Selbsteinschätzung der deutschen Befragten nicht zu erkennen.

5. Ergebnisse der Online-Befragung

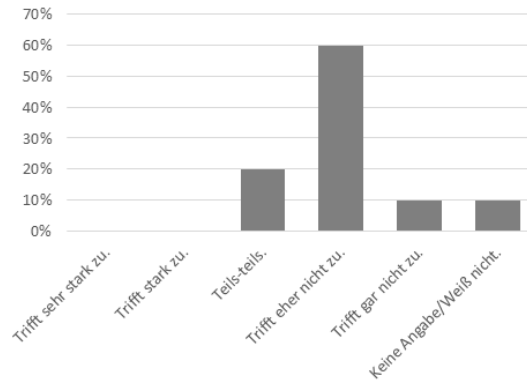


Abb. 16: „Die unterschiedlichen Finanzierungsmodelle der deutschen Zivilgesellschaft werden im Ausland meines Erachtens als schwierig angesehen und erschweren damit die Zusammenarbeit“, Hinderungsgrund Finanzstruktur deutscher zivilgesellschaftlicher Akteure in Prozent

Quelle: Eigene Darstellung

Anders verhält es sich, wenn es um die Finanzierungsgrundlagen von ausländischen zivilgesellschaftlichen Akteuren geht (vgl. Abb. 17). Zwar wurde in dieser Befragung nicht erfasst, ob dies einen Hinderungsgrund für die Zusammenarbeit darstellt, doch haben die Hintergrundgespräche aufgezeigt, dass zumindest eine sehr hohe Sensibilität unter den deutschen Akteuren vorherrscht, wenn die Herkunft von Finanzmitteln für Projekte und zur Finanzierung der Akteure nicht eindeutig erkennbar ist. In manchen Fällen hätte dies auch dazu geführt, dass eine Zusammenarbeit nicht zustande gekommen sei, so die Aussage einzelner Gesprächspartner. Generalisierbare Aussagen hierüber lassen sich allerdings nicht treffen. Doch scheinen die Herkunft von Mitteln und die damit teilweise verbundene, beziehungsweise abzuleitende Zielsetzung der Partnerorganisationen ein wichtiges Thema bei der internationalen Kooperation zu sein.

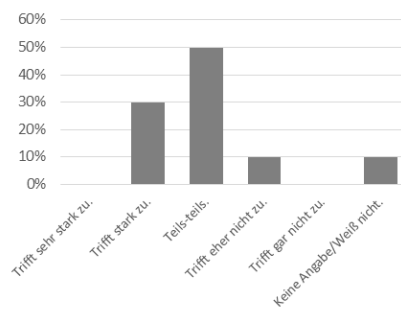


Abb. 17: „In anderen Ländern ist die Finanzierung von zivilgesellschaftlichen Akteuren nicht immer deutlich erkennbar, sodass etwaige Hintergründe und somit Zielsetzungen der Akteure verborgen bleiben“, Hintergrund der Finanzstruktur ausländischer zivilgesellschaftlicher Akteure in Prozent

Quelle: Eigene Darstellung.

Ein Fokus dieser Untersuchung stellt der Bereich Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit dar. Sämtliche bisher dargelegten Erkenntnisse sind eben-

so für diesen Bereich relevant und gewissermaßen lässt sich aus einer Vielzahl von Handlungen zivilgesellschaftlicher Akteure ein Effekt auf die Förderung dieses inhaltlichen Bereichs feststellen. So wurde in fast allen Interviews angegeben, dass die jeweilige Organisation zur Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Ausland beiträgt, in manchen Fällen allerdings explizit durch gezielte Förderung, in anderen Fällen eher implizit, beispielsweise durch Wissenschafts- oder Jugendbegegnungen, mithilfe derer sich die Verantwortlichen ebenso einen Effekt für die Stärkung dieser Ziele in Drittstaaten erhoffen. Insgesamt hat knapp die Hälfte der Teilnehmer angegeben, explizit die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch Projekte im Ausland fördern zu wollen.

Nicht allein das russische „Agenten-Gesetz“ zur Offenlegung der Aktivitäten und Finanzierungsgrundlagen ausländischer Nichtregierungsorganisationen in Russland kann als ein Beispiel dafür dienen, dass die Arbeit von ausländischen Akteuren in Zielländern teilweise unter Beobachtung steht oder eingeschränkt wird. Zu erwarten wäre, dass ein solches Handeln in einem sensiblen Bereich, wie dem der Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, ebenso oder sogar stärker der Fall wäre. Auch haben die Interviews und Rückläufe aus der Befragung gezeigt, dass solche Probleme vor allem in denjenigen Ländern vermutet werden, in denen die Rechtsstaatlichkeit nach dem Verständnis deutscher zivilgesellschaftlicher Akteure nicht so stark ausgeprägt ist. In einer offenen Frage über mögliche Gründe für die Einschränkung von Projekten zur Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in anderen Ländern durch staatliche Stellen (wenn überhaupt eine solche Einschränkung gesehen wird), gaben die Teilnehmer die Rückmeldung, dass dies beispielsweise aus „politischen Gründen“ geschieht. Oder dass „eine starke Demokratie nicht zu den Zielen des Landes“ gehöre und dass „eine Kontrolle der Aktivitäten von Projektpartnern“ und der „Unterbindung von Kritik durch Ausländer“ die Zielsetzung sei. Auch wurde vereinzelt zurückgemeldet, dass es „neuerdings Probleme in einzelnen EU-Staaten“ gäbe.

Doch scheint eine Einschränkung der Arbeit vor Ort bei den Befragten sehr selten stattzufinden, sodass diese Stimmen als Einzelfälle angesehen werden können. Abbildung 18 legt nahe, dass die Arbeit in Projekten mit dieser Zielsetzung durch staatliche Akteure des Ziellandes nur manchmal eingeschränkt wird. Keiner der Teilnehmer sieht eine „häufige“ oder „sehr häufige“ Einschränkung, aber auch nur ein Drittel der Teilnehmer sieht selten eine Einschränkung. Auch „überhaupt keine“ Einschränkung, also eine durchweg uneingeschränkte, freie Arbeit wird in keinem der Fälle gesehen.

5. Ergebnisse der Online-Befragung

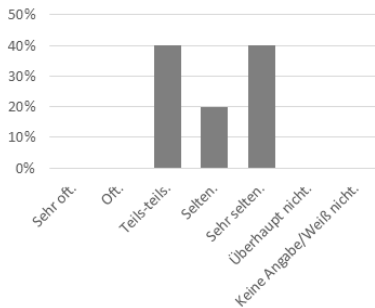


Abb. 18: „Wie häufig wird Ihre Organisation bei der Durchführung von Projekten zur Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Ausland durch staatliche Akteure des betreffenden Landes eingeschränkt?“, Einschränkung der Arbeit durch ausländische Akteure in Prozent

Quelle: Eigene Darstellung

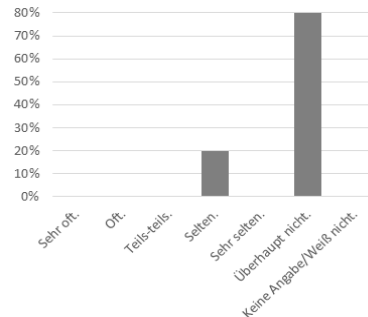


Abb. 19: „Wie häufig wird Ihre Organisation bei der Durchführung von Projekten zur Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Ausland durch deutsche staatliche Akteure eingeschränkt?“, Einschränkung der Arbeit durch deutsche Akteure in Prozent

Quelle: Eigene Darstellung

Deutlicher fällt das Urteil der Befragungsteilnehmer bei dem Verhalten deutscher staatlicher Akteure aus. Hier sehen 80 Prozent der Teilnehmer überhaupt keine Einschränkung ihrer Arbeit im Ausland (zur Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit) durch deutsche staatliche Akteure (vgl. Abb. 19). Allerdings geben auch fünf Teilnehmer an, dass es selten zu einer solchen Einschränkung gekommen sei.

5.2 Kurzer Fragebogen (Vollerhebung)

Für diesen Teil der Erhebung wurde an sämtliche 243 Mitgliedsorganisationen der Europäischen Bewegung Deutschland (Stand Januar 2016) ein kürzerer Fragebogen versandt, der größtenteils aus den Fragen des zuvor dargelegten Fragebogens zusammengestellt wurde. Hierdurch sollten die Ergebnisse der tieferehenden Befragung auf ihrer Generalisierbarkeit hin getestet und ein breiteres Meinungsbild abgefragt werden.

An dieser Befragung nahmen insgesamt allerdings nur 27 angeschriebene Organisationen teil. Von diesen 27 Rückläufen sind vier aufgrund von frühzeitigem Abbruch (nach den ersten beiden Fragen) nicht verwertbar. Somit ergibt sich eine Rücklaufquote von elf Prozent beziehungsweise neun Prozent. Eine solch geringe Ausschöpfungsquote ist einerseits bedingt durch das gewählte Format, dem Online-Fragebogen (vgl. Wagner/Hering 2014: 663 f.), andererseits haben die Verantwortlichen der EBD rückgemeldet, dass unter ihren Teilnehmern bei Anfragen generell eine niedrige Beteiligung herrscht. Zwar wird in

5. Ergebnisse der Online-Befragung

der Literatur teils vielfältig der Grund und der Umgang mit einer niedrigen Ausschöpfungsquote diskutiert (vgl. Engel/Schmidt 2014: 331 f.), doch muss ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass es sich bei den folgenden aufbereiteten Ergebnissen um bestenfalls teilrepräsentative Ergebnisse handelt.

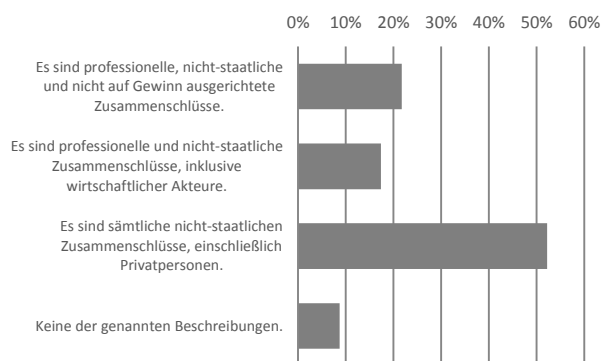


Abb. 20: „Welche der unten genannten Definitionen umschreibt den Begriff der „Zivilgesellschaft“ am ehesten für Sie?“, Anteil der Zustimmung zu der Definition (in Prozent)

Quelle: Eigene Darstellung

Im theoretischen Teil der Befragung wurde wiederum das Selbstverständnis der Akteure getestet. Bei dem Zivilgesellschaftsverständnis gibt es eine deutliche Veränderung gegenüber dem tiefergehenden Fragebogen. Eine Mehrheit der Antworten liegt bei dieser Vollerhebung bei einem umfassenden Verständnis von Zivilgesellschaft. Gut die Hälfte der Befragten gibt an, dass die Zivilgesellschaft sämtliche nicht-staatliche Akteure einschließlich Privatpersonen mit einbezieht. Die Verschiebung beruht darauf, dass nunmehr die engste gewählte Definition, die Privatpersonen und wirtschaftliche Akteure ausschließt, nur noch von gut 20 Prozent der Befragten gewählt wurde (vgl. Abb. 20). Auch diejenigen, die wirtschaftliche Akteure mit zu Zivilgesellschaft zählen, haben sich verdoppelt, bleiben aber weiterhin in der Minderheit. Somit scheint sich die Diskussion über das Verständnis von Zivilgesellschaft weiter dahin zu bewegen, ob und in welchem Maße Privatpersonen zu dieser zu zählen sind. Interessanterweise wurden auch in diesem Fragebogen ausschließlich „professionelle“ Akteure befragt, also keine Privatpersonen an sich, sondern ausschließlich Zusammenschlüsse dieser, ebenso wie in den vorherigen Erhebungen. Somit kann hierdurch keine Veränderung der Ergebnisse stattgefunden haben. Dadurch, dass auch in dieser Befragung der Anteil derjenigen, die sich mit keiner der genannten Kategorisierungen identifizieren konnten, sehr gering ist, kann darüber hinaus festgehalten werden, dass es sich bei den gewählten Kategorien und dem darge-

5. Ergebnisse der Online-Befragung

legten Spannungsverhältnis im Kern der Diskussion um eine Abgrenzung des Zivilgesellschaftsverständnisses handelt.

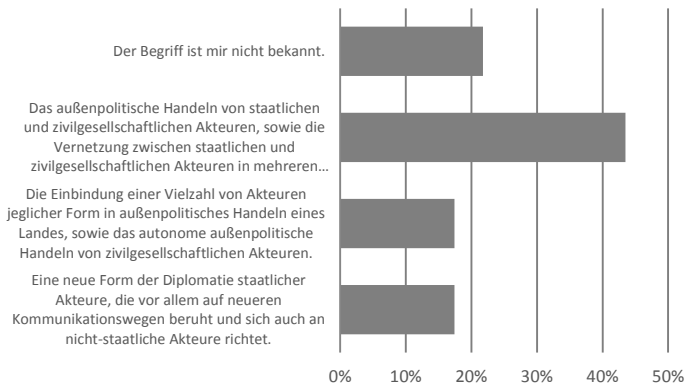


Abb. 21: „Was bedeutet der Begriff „Public Diplomacy“ am ehesten für Sie?“, Anteil der Zustimmung zu der Definition in Prozent

Quelle: Eigene Darstellung

Auch die Wahrnehmung der Begriffsdefinition von Public Diplomacy hat sich verschoben. Mehr als doppelt so viele Akteure geben an, den Begriff nicht zu kennen. Ebenso ordnen sich etwa doppelt so viele Befragte einem hierarchischen Ansatz von Public Diplomacy zu. Interessanterweise wird der klassische netzwerkbasierte Ansatz von Public Diplomacy bedeutend weniger ausgewählt: Bei der Stichprobe haben diesem 46 Prozent zugestimmt, in der Vollerhebung sind es 17. Hingegen hat sich die Zustimmungszuquote zu dem European Public Diplomacy Ansatz mit circa 44 Prozent nur leicht verändert. Der Ansatz einer European Public Diplomacy ist für die Befragten somit von höherer Bedeutung als der klassische (vgl. Abb. 21).

Bei der Abfrage der quantitativen Aktivitäten in Drittstaaten zeigt sich zunächst eine Verschiebung dahingehend, dass weniger Aktivitäten im Ausland durchgeführt werden. Während bei der detaillierten Befragung noch eine Mehrheit der Befragten in zehn Ländern oder mehr aktiv war, verschieben sich bei dieser Vollerhebung die Aktivitäten in Drittstaaten deutlich auf zehn und weniger Staaten (vgl. Abb. 22).

5. Ergebnisse der Online-Befragung

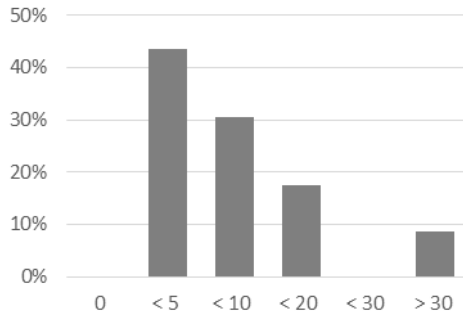


Abb. 22: „In wie vielen Ländern sind Sie mit Ihrer Organisation ungefähr aktiv?“, Anteil der Aktivitäten im Ausland (in Prozent)
Quelle: Eigene Darstellung

Wiederum werden die Auslandskontakte, die trotzdem jeder Akteur durchführt (siehe Abb. 22), größtenteils von Deutschland aus koordiniert. Niederlassungen im Ausland werden lediglich von 35 Prozent der Befragten unterhalten. Dieser Wert ist mit dem der tiefergehenden Befragung fast identisch. Das Bild, das deutsche zivilgesellschaftliche Organisationen zwar vielfältige Arbeit im Ausland leisten, diese aber größtenteils von Deutschland aus durchführen, hat somit Bestand.

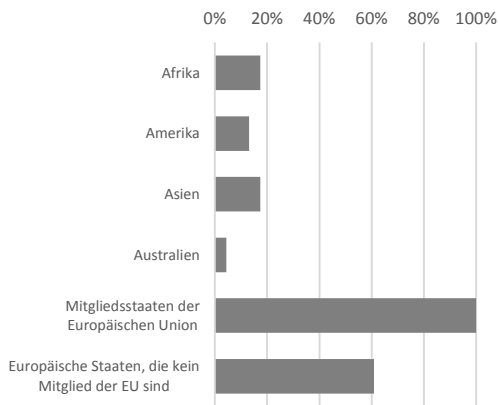


Abb. 23: „In welchen Ländergruppen sind Sie mit Ihrer Organisation aktiv?“, Anteil der Aktivitäten in Ländergruppen in Prozent
Quelle: Eigene Darstellung

Bei der geografischen Verteilung dieser Auslandsaktivitäten zeigt sich das bereits weiter oben angesprochene Bild, dass die Mitgliedsorganisationen der EBD zu 100 Prozent in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union aktiv sind, was sicherlich durch die Stichprobenauswahl bedingt ist (vgl. Abb. 23). Hinzu kommt, dass die Akteure auch zu einem großen Prozentsatz in Staaten aktiv sind, die in Europa liegen, aber nicht Mitglied in der EU sind. Es werden hier demnach vielfältige Kontakte über die Grenzen der Gemeinschaft hinaus gepflegt, sicherlich auch um die Ziele der befragten Akteure umzusetzen.

5. Ergebnisse der Online-Befragung

Wenn man nach diesen Zielen der Arbeit im Ausland fragt, werden wiederum das Erreichen europapolitischer Ziele sowie der Wissenstransfer/Bildungsarbeit und Interkultureller Austausch als die wichtigsten drei Ziele benannt (vgl. Abb. 24). Gemeinsam mit den zuvor aufgezeigten geografischen Fokussierungen der Akteure wird deutlich, dass die zivilgesellschaftlichen Akteure in Deutschland laut eigenem Verständnis dazu beitragen, die Ziele der Europäischen Union in ihren Nachbarstaaten zu vermitteln und somit einen Beitrag im Sinne der europäischen Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik leisten können.

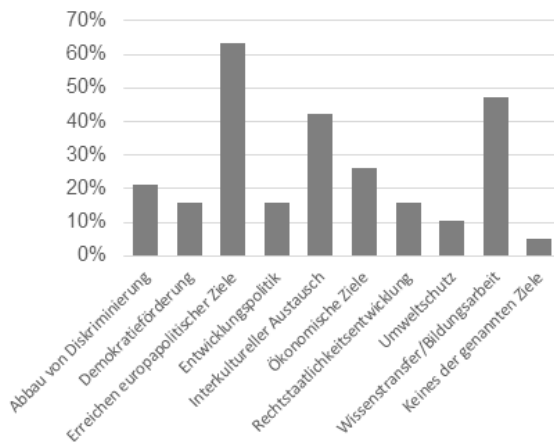


Abb. 24: „Welche der nachstehenden Ziele sind die drei wichtigsten Ziele, die Sie mit der Arbeit Ihrer Organisation verfolgen?“, Wichtigste Ziele der Arbeit in Prozent
Quelle: Eigene Darstellung

Bei der Wahrnehmung der eigenen Arbeit im Ausland zeichnet sich ein ähnliches, allerdings noch deutlicher negatives Bild dieser ab, als schon in der tiefergehenden Befragung dargelegt wurde. Zwar gibt es inzwischen einen geringen Prozentsatz derjenigen, die ihre Arbeit als „sehr hoch“ oder „hoch“ wahrgenommen sehen, doch sehen mit 43 Prozent der Befragten die deutliche Mehrheit ihre Arbeit als nicht-wahrgenommen an (vgl. Abb. 25).

5. Ergebnisse der Online-Befragung

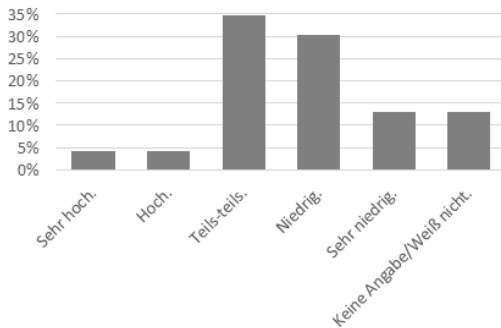


Abb. 25: „Als wie hoch stufen Sie die Wahrnehmung Ihrer außenpolitischen Aktivitäten in den Ländern, in denen Sie aktiv sind, allgemein ein?“, Wahrnehmung der Arbeit im Ausland in Prozent
Quelle: Eigene Darstellung.

Bei dem Themenpunkt der Finanzierung der Aktivitäten im Ausland durch Fördermittel zeigt dieser Erhebung einerseits, dass die paritätische Finanzierung aus Förder- und Eigenmitteln selten gegeben ist, aber andererseits auch, dass eine Mehrheit ihre Aktivitäten ohne oder mit nur geringen Fördermitteln eigenständig finanziert. Diese eigenständige Finanzierung ist deutlicher als bei der tiefergehenden Befragung und stellt somit einen klaren Unter-

schied dar. Allerdings bleibt der Anteil derjenigen, die ihre Arbeit überwiegend aus Fördermitteln und mit einem geringeren Anteil aus Eigenmitteln finanzieren, hoch (vgl. Abb. 26).

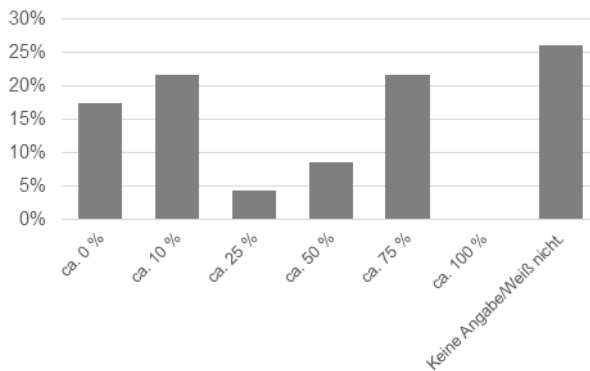


Abb. 26: „Wie viel Prozent Ihrer Arbeit im Ausland geschieht im Rahmen von nationalen oder europäischen Förderprogrammen?“, Mittel aus Förderprogrammen Anteil der Projekte im Ausland
Quelle: Eigene Darstellung

5. Ergebnisse der Online-Befragung

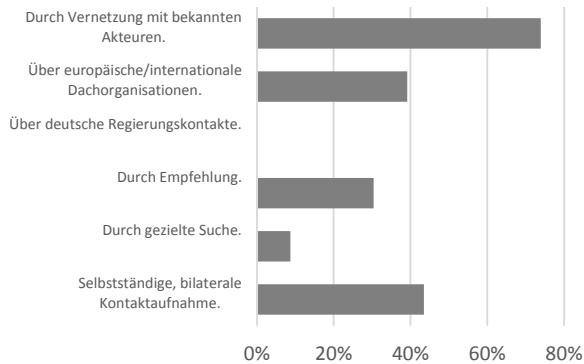


Abb. 27: „Auf welche Art und Weise erfolgt die Kontaktaufnahme mit ausländischen Partnerorganisationen bei Ihrer Organisation am häufigsten?“, Kategorien der Kontaktaufnahmemöglichkeiten

Quelle: Eigene Darstellung

Bei der Kontaktaufnahme mit ausländischen Organisationen und den daraus möglicherweise entstehenden Hindernissen ergibt sich ein wichtiges Detail: Wurde bei der tiefergehenden Befragung die Kontaktaufnahme aufgrund von Vermittlungen durch staatliche Akteure noch als ein wichtiger Baustein angegeben, findet diese Kategorie nunmehr keine Relevanz. Keiner der befragten Teilnehmer gab dies als eine Möglichkeit der Kontaktaufnahme an. Die dominierende Art der Kontaktaufnahme bleibt die Vernetzung mit bekannten Akteuren und eigene Netzwerke, seien es neu geschaffene durch gezielte Suche oder bestehende auf Basis europäischer oder internationaler Dachverbände (vgl. Abb. 27).

Bezüglich der Hindernisse der Zusammenarbeit mit ausländischen Akteuren zeigt sich in dieser Vollerhebung, dass es geringere Bedenken bezüglich der Zusammenarbeit unter den zivilgesellschaftlichen Organisationen aufgrund der sich unterscheidenden Strukturen der Zivilgesellschaft gibt. Wurde bei der tiefergehenden Befragung noch mehrheitlich angegeben, dass diese Unterschiede in der Struktur ein Hinderungsgrund wären, wird in der Vollerhebung diesem mehrheitlich nicht mehr zugestimmt (vgl. Abb. 28). Dies kann natürlich auch damit zusammenhängen, dass die hier befragten Akteure weniger Kontakte ins Ausland und zu ausländischen zivilgesellschaftlichen Akteuren haben, doch stimmen nun nur noch acht Prozent der genannten Aussage zu, was zuvor noch dreißig Prozent waren!

5. Ergebnisse der Online-Befragung

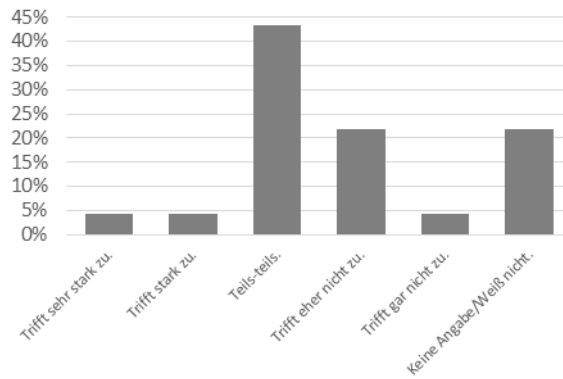


Abb. 28: „In anderen Ländern ist es schwierig Kooperationspartner zu finden, da sich die zivilgesellschaftlichen Strukturen sehr stark von den deutschen Strukturen unterscheiden?“, Unterschiede in den Strukturen der Zivilgesellschaft als Hinderungsgrund in Prozent

Quelle: Eigene Darstellung

6. Verbands- und Jugendarbeit – zwei Fallbeispiele für Möglichkeiten und Hindernisse internationaler Kooperation

Das Ziel dieses letzten Abschnitts der vorliegenden Untersuchung des Agierens deutscher zivilgesellschaftlicher Akteure im Ausland ist es, mit Blick auf die Ergebnisse aus der ersten und zweiten Forschungsebene, mehr über die detaillierte Handlungspraxis der zivilgesellschaftlichen Akteure zu erfahren. Konkret geht es um Hindernisse und Probleme, auf die sie im Rahmen ihrer Tätigkeit stoßen, sowie vor allem Verbesserungsvorschläge, die ihre Arbeit fördern und unterstützen können. Zwar kann nur ein kurzer Einblick in die untersuchten Akteure vorgenommen werden, doch sollen so Ergebnisse aus den vorangestellten Erhebungen und Analysen präzisiert werden.

6.1 Deutsch-Moldauische Zusammenarbeit im Fokus

Mithilfe von leitfadenbasierten Interviews wurden Mitglieder des Vorstands beziehungsweise der Geschäftsführung des Deutsch-Moldauischen Forums befragt. Bei einer Dauer von etwa 35 bis 40 Minuten wurden drei Personen interviewt. Die Interviews fanden Ende März beziehungsweise Anfang April 2016 statt und wurden per Telefon durchgeführt. Der Fragebogen wurde mit Blick auf die Ergebnisse der zweiten Befragungsebene entwickelt, um die daraus gewonnenen Erkenntnisse zu bestätigen.

Zunächst wurden die theoretischen Konzepte Zivilgesellschaft und Public Diplomacy abgefragt. Die Befragten stimmen überein, dass sie Zivilgesellschaft weit fassen, das heißt diese schließt auch Privatpersonen, also vor allem die Bürger eines Landes, ein. Angewandt auf den osteuropäischen Raum wird dieser Begriff als sehr unscharf beziehungsweise als nicht tief verwurzelt charakterisiert, da sich das Verständnis von Zivilgesellschaft in der Republik Moldau sehr stark von dem in Deutschland unterscheidet. In Deutschland herrscht eine stark organisierte, mit langer Tradition bestehende Zivilgesellschaft mit Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbänden vor. In Osteuropa und speziell Moldau, gibt es vergleichsweise kein so starkes zivilgesellschaftliches Engagement. Die Befragten sind sich darin einig, dass sich dies vor allem aus der unterschiedlichen politischen Kultur und der historischen Erfahrung der Sowjetunion ergibt. In Moldau ist das gegenseitige Misstrauen sehr stark und es gibt eine generelle Abneigung gegen Gesetze, Regularien und Institutionen, da diesen vorgeworfen wird, nur privaten Interessen zu dienen. Moldau als sogenanntes Armenhaus Europas wolle, so eine geäußerte These, vordergründig mit öffentlichen Geldern private Zwecke abdecken. Daraus ergibt sich eine ganz andere Auffassung von zivilgesellschaftlicher Kooperation als in Deutschland.

Aus der unterschiedlichen Zivilgesellschaftskonzeption ergeben sich für zwei der drei Befragten folgende Probleme: zum einen gibt es keine institutionelle Förderung, das bedeutet, dass Projekte sehr stark von einer externen Finanzierung durch westliche Geldgeber abhängig sind. Zum anderen erschwert die unterschiedliche Auffassung von zivilgesellschaftlicher Kooperation die Suche nach geeigneten Kooperationspartnern. Eine zielgruppenspezifische Kommunikation systemischer Probleme ist in Moldau nur schwierig umzusetzen, da die entsprechenden Organisationsstrukturen wie beispielsweise Verbände fehlen.

Das Konzept der Public Diplomacy ist zwei von drei Befragten ein Begriff. Die Befragten sind sich einig, dass ihre jeweilige Organisation netzwerkbasiert arbeitet. Gleichzeitig schränken sie ein, nicht völlig unabhängig von staatlichen Akteuren zu sein. Insbesondere in finanzieller Hinsicht sind die Organisationen auf eine Projektförderung zum Beispiel durch das Auswärtige Amt angewiesen. Durch die Bewerbung auf Projektausschreibungen sind den Befragten die damit verbundenen Ziele des Auswärtigen Amtes bekannt und diese Kooperation wird als positiv und unproblematisch wahrgenommen. Aufgrund der gering ausgeprägten Zivilgesellschaftsstruktur in Moldau erfolgt eine solche Kooperation vorrangig mit staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren außerhalb der Republik Moldau.

Das DMF bietet Veranstaltungen wie beispielsweise Seminare und Konferenzen sowohl in Berlin als auch in Moldau an. In Deutschland werden vor allem Politiker aus Moldau eingeladen und Diskussionsveranstaltungen angeboten, um das deutsche Interesse an Moldau zu fördern. In Moldau liegt der Schwerpunkt auf der Vernetzung mit Kooperationspartnern für neue Projekte.

Das *Institute for European Policies and Reforms* (IPRE), ein wichtiger Partner in der Republik Moldau, wie sich durch Hintergrundgespräche gezeigt hat, verwirklicht Projekte in Moldau zur Förderung der europäischen Integration, Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung, Entwicklung einer Marktwirtschaft sowie der Reform des öffentlichen und sozialen Sektors. Der Schwerpunkt liegt auf dem Monitoring des EU-Assoziierungsabkommens und dessen Umsetzung, der Reform staatlicher und regulativer Institutionen, ebenso wie der Korruptionsbekämpfung. Außerhalb von Moldau möchte das IPRE ebenso wie das DMF für Moldau werben und die ausländische Unterstützung für Reformen gewinnen.

Insbesondere das Ziel, das EU-Assoziierungsabkommen zu fördern, wird von den Befragten als sehr schwierig eingestuft, da die Republik Moldau stark durch Korruption und Oligarchie geprägt ist. Ebenso erschwert der häufige Wechsel des Politikpersonals sowie dessen Nähe zu Russland oder der Ukraine, eine erfolgreiche Umsetzung der Ziele. Großes Potenzial wird in ökologischen Projekten gesehen, da diese ohne besondere Vorerfahrung der beteiligten Akteure in Bezug auf zivilgesellschaftliche Kooperationen oder ihre Durchführung umsetzbar sind.

Die befragten Institutionen arbeiten im Sinne des netzwerkbasierten Ansatzes nicht unbedingt außerhalb Moldaus, aber suchen den Dialog mit Partnern in anderen Ländern wie beispielsweise Georgien, Ukraine oder Slowakei. Eine Einschränkung durch staatliche Akteure in Deutschland oder der Republik Moldau verneinen die Befragten deutlich, das wird vor allem der Bekanntheit der Personen, die in den jeweiligen Institutionen tätig sind, zugeschrieben. Generell sind zivilgesellschaftliche Akteure in Moldau aber nicht völlig frei und unterliegen strikten Regeln seitens der Steuer- oder Antikorruptionsbehörde. Verbesserungspotenzial machen die Befragten vor allem in der Finanzierung aus. Da seitens des moldauischen Staates keine Finanzierung erfolgt, sind die Projekte vor allem von den Interessen westlicher Geldgeber abhängig und es fehlen Ressourcen für substanzielle Think Tank Arbeit.

Die Komplexität der deutschen Zivilgesellschaft für moldauische Akteure wird von den Befragten als unproblematisch angesehen, da ein Großteil der aktiven Personen in Moldau einen westlichen Bezug haben beziehungsweise bei internationalen Kooperationen die moldauischen Akteure mit Partnern mit ähnlicher Struktur zusammenarbeiten. Dass in Deutschland die Zivilgesellschaft vorrangig mischfinanziert ist spielt in Moldau nur eine sekundäre Rolle.

Interessant ist hier, dass ausländische Gelder gerne für Projektfinanzierungen genommen werden, gleichzeitig deuten die Befragten an, dass die Republik Moldau kein großes Interesse am Erstarben einer ausgeprägten, eigenen Zivilgesellschaft zeigt, zumindest im Vergleich zu deutschen Regierungsstellen. Eine Mitfinanzierung sei demnach durchaus gewünscht, der Einfluss ausländischer Akteure solle aber möglichst gering gehalten werden. Das lässt sich damit erklären, dass sich die Republik Moldau insbesondere zurzeit mit dem Assoziierungsabkommen zwischen zwei Einflussphären befindet, auf der einen Seite die EU und auf der anderen Seite Russland. Ein Befragter gab an, dass sich die gegenwärtige Regierung eher am russischen Vorbild orientiere und deshalb das Voranschreiten einer eigenständigen Zivilgesellschaft unsicher sei. Zu der Frage, inwie-

fern die moldauische Finanzierung der Zivilgesellschaft transparent ist, konnte von den Befragten keine einheitliche Aussage getroffen werden. Generell wird diese Finanzierung aber nicht als Problem wahrgenommen, zumal es in Moldau sehr strikte Regeln zur Transparenz gibt, deren Einhaltung mit Hilfe der Steuer- oder Antikorruptionsbehörde überprüft wird.

Als konkrete Verbesserungen wünschen sich die Befragten mehr Geld für Bildung und Beschäftigungsmaßnahmen, um vor allem den jungen Menschen eine Alternative zur Wirtschaftsflucht zu bieten. Die Wahrnehmung der Organisationsarbeit wird vor allem von staatlicher Seite als positiv beschrieben, die Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt funktioniert gut. Auch in Moldau sehen die Befragten die Wahrnehmung als positiv, gegebenenfalls könnte sich diese aber ändern, sobald der Regierung unliebsame Themen, wie beispielsweise der Korruptionsskandal der eine Milliarde Euro Veruntreuung stärker besetzt werden. Das IPRE beschreibt den moldauischen Staat deshalb auch als Adressat seiner Tätigkeit, mit der Möglichkeit ein Partner zu werden.

6.2 Das *European Youth Parliament* – Politiksimulationen als Forum des Austauschs Jugendlicher

Das *European Youth Parliament* (EYP) ist eine Vereinigung, die in 40 europäischen Ländern aktiv ist. Es bezeichnet sich selbst als eine Weiterbildungsinitiative, die mit über 600 Veranstaltungen pro Jahr in fast allen europäischen Ländern über 35.000 junge Menschen im Alter zwischen 16 und 22 Jahren erreicht. Die Ziele des EYP sind seit 1987 „*the development of young people into politically aware and responsible citizens by involving them in European political thinking and promoting intercultural understanding*“ (siehe Internetauftritt des EYP: www.eyp.org/about, abgerufen am 07. April 2016) zu unterstützen. Diese Ziele werden mithilfe nationaler Vereine (wie dem EJP Deutschland) in einer Vielzahl der Mitgliedsländer versucht durchzusetzen. Kern des EYP sind Sitzungen, die unter anderem einen politiksimulationsähnlichen Prozess beinhalten. So soll den Teilnehmern zusätzlich zu den oben zitierten Zielen die Möglichkeit des Austausches über aktuelle politische Themen gegeben werden. Die Finanzierung des EYP Dachverbands erfolgt aus Mitteln der deutschen Schwarzkopf-Stiftung.¹

¹ Die Darstellung des EYP sowie des EYP Deutschland beruht auf den jeweiligen Internetauftritten der Organisationen, sowie den Hintergrundgesprächen mit den beteiligten Akteuren.

Zur Darstellung und Analyse der Arbeit des EYP wurden drei Interviews mit Repräsentanten beider Akteure (also dem EYP International und EJP Deutschland) geführt und zusätzlich eine Erhebung unter den ehrenamtlichen Mitgliedern des EJP Deutschlands. Die Interviews erfolgten wie in den vorherigen Erhebungsschritten mithilfe eines Interviewleitfadens und unterlagen einem zirkulären Forschungsdesign. Die Befragung wurde nach den bereits angewandten Kriterien vorbereitet und online durchgeführt. Die Einladung wurde an ca. 670 Mitglieder verschickt, wovon sich 72 mit gültigen Rückläufen an der Umfrage beteiligt haben. Einen direkten Rückschluss auf die tatsächliche Ausschöpfungsquote lässt dies allerdings nicht zu, da in dem Anschreiben nur diejenigen Mitglieder zu einer Teilnahme aufgefordert wurden, die bereits an internationalen Konferenzen des Akteurs teilgenommen haben.

Die Interviews ergaben, dass das Verständnis von Zivilgesellschaft bei allen drei Personen sehr weit gefasst war. Auch Privatpersonen spielen in diesem Verständnis eine wichtige Rolle, vor allem – so die Interviewpartner – in Ländern, die eine weniger entwickelte beziehungsweise organisierte Zivilgesellschaft haben. Diese weniger entwickelte zivilgesellschaftliche Struktur, bestätigten auch die Interviewpartner, wäre vornehmlich in mittel- und mitteleuropäischen Ländern anzutreffen. Als Begründung wurden ähnliche Punkte wie auch beim zuvor dargestellten DMF genannt. Bei den Gesprächen über einen Public Diplomacy Begriff wurde der überparteiliche und neutrale Charakter der Organisation sehr deutlich hervorgehoben. Es würde demnach nicht versucht Inhalte oder Ziele zu vermitteln. Das Ziel sei es, laut der Gesprächspartner, dazu zu verhelfen „mündige Bürger“ zu werden. Natürlich sei damit implizit auch die Förderung und Stärkung von beispielsweise Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Fokus oder zumindest die Vermittlung beziehungsweise das bessere Verständnis von demokratischen Strukturen, doch sei dies kein „Bildungsauftrag“, sondern ein Ergebnis des Prozesses der Teilnahme. Von allen Teilnehmern wurde zudem hervorgehoben, dass durch die internationalen Konferenzen und deren Struktur vor allem die Verständigung untereinander und das Verständnis füreinander gestärkt werden solle.

Diese Darstellung deckt sich weitestgehend mit den bereits durch die vorherigen Ebenen gewonnenen Erkenntnissen darüber, dass vor allem der interkulturelle Austausch und die Weiterbildung/Wissenschaftstransfer im Fokus deutscher zivilgesellschaftlicher Akteure stehen. Viele der Akteure legen hohen Wert auf die politische Unabhängigkeit und dass es kein direktes Ziel der Vermittlung konkreter politischer Inhalte gibt. Die Gesprächspartner bestätigten, dass dies auch auf Basis dessen geschieht, um (politischen) Hindernissen der Zusammenarbeit möglichst keinen Raum zu geben.

Dennoch gibt es solche Einschränkungen der Zusammenarbeit. In den Interviews wurde mehrheitlich davon berichtet, dass es vor allem in Belarus massive Probleme gibt. Demnach müssten Teilnehmer und Organisationen von internationalen Konferenzen mit Repressionen in Belarus rechnen, die Ausreiseverweigerungen mit sich führen könnten. Auch wurden Probleme in Aserbaidshan und Russland genannt. Hier gäbe es Probleme, als unabhängiger Akteur anerkannt zu werden, sodass beispielsweise eine finanzielle Unterstützung nicht oder nur schwer möglich ist. Auch sei die Gefahr von Inhaftierungen der aktiven Beteiligten gegeben. Zudem gaben die Interviewpartner an, dass es in Staaten über die genannten Beispiele hinaus teilweise Probleme mit Korruption und Intransparenz gäbe, was vor allem auf ost- und mitteleuropäische Staaten zuträfe. Ebenso gäbe es zunehmende Hindernisse der Zusammenarbeit in der Türkei. Hier wurde von einem Beispiel berichtet, bei dem Armenier ihre Teilnahme an einer Jugendkonferenz abgesagt hätten, nachdem es verboten worden war, den Jahrestag des Genozids an der armenischen Bevölkerung auf dieser Konferenz anhand einer Schweigeminute zu begehen. Ähnliche Einschränkungen in der konkreten Arbeit wurden auch in der Online-Befragung dargestellt und ebenso in den vorherigen Befragungsschritten dieser Erhebung. Dominierend, so die Interviewpartner, seien aber Probleme mit der Finanzierung von Veranstaltungen. Einerseits seien die Rahmenbedingungen für finanzielle Unterstützungen, die beispielsweise durch den Dachverband geleistet werden, teils sehr uneinheitlich und unübersichtlich, bis hin zu klaren Verboten in einigen Staaten. Andererseits sei es vor Ort teilweise sehr schwierig, finanzielle Unterstützung von lokalen Akteuren zu erhalten, wie es in Deutschland gang und gäbe sei.

Über ähnliche Hindernisse der Arbeit berichteten auch die Teilnehmer der Online-Befragung, wobei hier natürlich auch die Möglichkeiten – also der Mehrwert – die sich aus der Teilnahme an Veranstaltungen von EYP ergeben, im Fokus standen. Insgesamt haben die Teilnehmer im Durchschnitt an sieben Veranstaltungen teilgenommen. Die Ziele der Veranstalter spiegeln sich auch in den Hauptmotiven für eine Teilnahme: Die Mehrheit mit über 70 Prozent gab an, dass eines der drei Hauptmotive sei, Menschen aus anderen Ländern kennenzulernen. Gefolgt wurde dies durch das Motiv, den europäischen Gedanken zu stärken und die inhaltliche Arbeit vor und während der Konferenzen (vgl. Abb. 29). Insgesamt gut 40 Prozent der Befragten gaben an, dass sie von Einschränkungen der Teilnahme anderer erfahren hätten. Bei der offenen Nachfrage über die Gründe, wurden vor allem Probleme mit der Aus- und Einreise genannt und zwar in den bereits dargelegten Staaten Belarus, Russland, Aserbaidshan, aber auch der Türkei. Vereinzelt wurde auf mögliche Repressalien nach der Rückkehr hingewiesen, sowie Repressalien gegenüber dem direkten Angehörigenkreis.

6. Verbands- und Jugendarbeit – zwei Fallbeispiele für Möglichkeiten und Hindernisse internationaler Kooperation

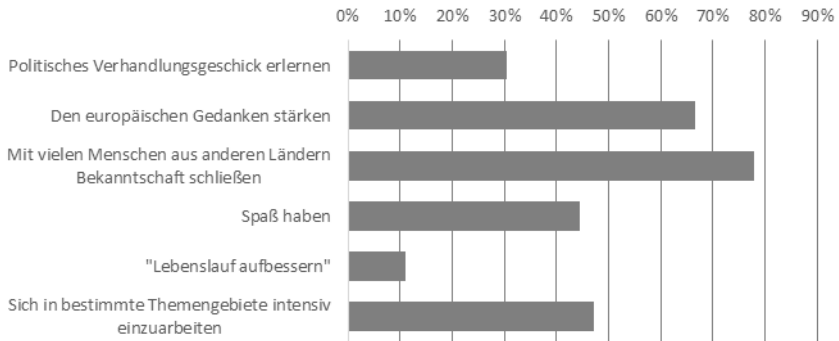


Abb. 29: „Worin sehen Sie den größten Mehrwert in der Teilnahme an EYP Konferenzen für sich persönlich?“, Größter Mehrwert der Teilnahme in Prozent

Quelle: Eigene Darstellung

Bei den Möglichkeiten, die sich aus einer Teilnahme ergeben können, haben 43 Prozent eigene Erkenntnis darüber, dass ehemalige Teilnehmer an EYP Veranstaltungen über diese hinaus nach einer Teilnahme politisch aktiv geworden sind. Und dies nicht in geringem Umfang. Im Durchschnitt kennen die Befragten 6,5 Personen, die sich in Parteien engagieren, auf kommunaler Ebene einsetzen und auch um Wahlämter bewerben und sich in Vereinen und Nichtregierungsorganisationen betätigen, wie eine offene Abfrage der bekannten Aktivitäten ergab. Wohlgermerkt handelt es sich hierbei um Jugendliche, die nicht aus Deutschland kommen. Auch die Unterschiede zwischen der Teilnahme an Veranstaltungen des EYP und anderen internationalen Veranstaltungen für junge Menschen zeigen auf, dass die politische Aktivität ein wichtiges Kriterium ist. An erster Stelle der drei wichtigsten Unterschiede steht mit 61 Prozent für die Teilnehmer, dass aktuelle politische Themen behandelt werden. Dass die inhaltliche Arbeit mindestens genauso wichtig wie der zwischenmenschliche Kontakt sei, geben 54 Prozent der Befragten an, gefolgt von dem Austausch über politische Inhalte (vgl. Abb. 30).

6. Verbands- und Jugendarbeit – zwei Fallbeispiele für Möglichkeiten und Hindernisse internationaler Kooperation

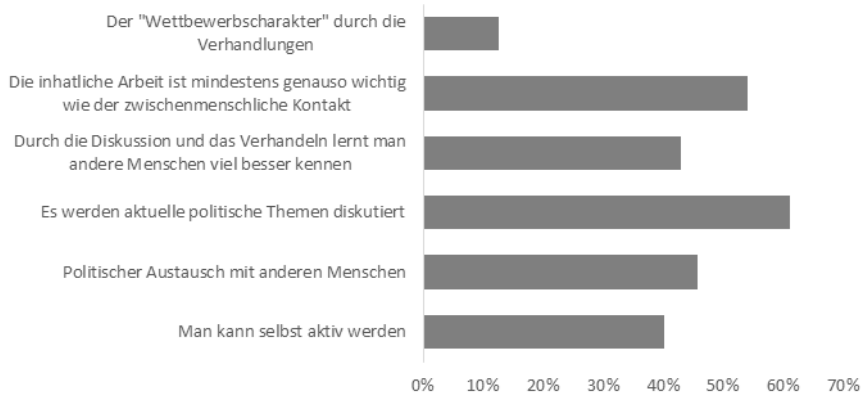


Abb. 30: „Worin unterscheidet sich Ihrer Meinung nach die Teilnahme am EYP von anderen Formen der länderübergreifenden Begegnung (bspw. Jugendaustausch) am stärksten?“, Hauptunterschiede zu anderen internationalen Jugendprogrammen in Prozent

Quelle: Eigene Darstellung

Die Befragung sowohl unter den Mitarbeitern des EYP als auch den ehrenamtlichen Mitgliedern zeigt deutlich auf, dass es sich hierbei um einen zivilgesellschaftlichen Akteur handelt, der Ideale wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Drittstaaten fördert. Durch die Teilnahme werden junge Menschen mehrheitlich dazu angeregt, sich in ihrem Heimatland politisch zu engagieren. Die simulationsähnlichen Elemente und der damit verbundene inhaltliche Austausch während der Veranstaltungen spielen hierbei eine wesentliche Rolle. Doch gibt es teilweise starke Einschränkungen für Jugendliche aus anderen Ländern, auch wenn sich dies auf einige wenige Länder beschränkt. Zudem gibt es institutionelle Einschränkungen für die Organisation der Kooperation vor allem hinsichtlich finanzieller Unterstützung. In diesem Fall haben sich die zuständigen Mitarbeiter teils deutlich über nicht vorhandene Unterstützung in den Zielländern beklagt und sogar eine klare Behinderung durch staatliche Akteure bemängelt.

7. Fazit und Handlungsempfehlungen

Die Untersuchungen haben deutlich gemacht, dass zivilgesellschaftliche Akteure in Deutschland eine Vielzahl von außenpolitisch relevanten Aktivitäten entfalten. Aus den Ergebnissen der vorliegenden Studie lassen sich sechs konkrete Handlungsempfehlungen ableiten, die folgend als zusammenfassendes Fazit dargestellt werden.

A) Verständnis von Public Diplomacy auf strategischer Ebene klären

Durch das eigenständige außenpolitische Handeln besteht bei den Akteuren sowohl ein hohes Bewusstsein dafür, dass diese Aktivitäten durchaus Teil einer „gesamtdeutschen“ Außenpolitik darstellen können, als auch dafür, dass von Seiten der Bundesregierung und hier insbesondere von Seiten des Auswärtigen Amts eine bewusste Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure in die deutsche Außenpolitik gewollt ist. Auch wenn die diesbezüglichen Ausführungen des Review 2014 nicht allen Akteuren im Konkreten vertraut sind, so sind die Grundaussagen der entsprechenden Verlautbarungen, d. h. eine gewollte stärkere Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure, sehr präsent. Unklarheit herrscht jedoch dahingehend, welche Rolle staatliche Stellen den zivilgesellschaftlichen Akteuren beimessen. So herrscht bei vielen Akteuren die Vorstellung vor, die Bundesregierung sehe in zivilgesellschaftlichen Akteuren primär Vermittler der eigenen (d. h. offiziell-staatlichen) Außenpolitik. Ein solches – in der konzeptionellen Terminologie dieser Studie – hierarchisches Public Diplomacy Verständnis wird von den zivilgesellschaftlichen Akteuren jedoch kritisch gesehen. Stattdessen wurde vielfach die Erwartung eines erweiterten Verständnisses von Public Diplomacy unterstrichen, in welchem zivilgesellschaftliche Akteure auch eigene außenpolitische Zielsetzungen gegenüber und mit staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren verfolgen. Bemerkenswert ist dieser Gegensatz insoweit, als er sich eher auf der Ebene der Wahrnehmung abspielt. Denn die entsprechenden Konzeptionen des Auswärtigen Amts sind keineswegs auf ein hierarchisches Modell beschränkt. Vielmehr ist das Auswärtige Amt gerade im Review 2014 bemüht gewesen, Zielsetzungen und Schwerpunkte zivilgesellschaftlicher Akteure in die eigenen Überlegungen einzubeziehen. Vor diesem Hintergrund wäre eine konzeptionelle Debatte und eine größere strategische Klarheit in der Debatte über Public Diplomacy beziehungsweise Außenpolitik der Zivilgesellschaft dringend zu empfehlen, um das in den Befragungen zu Tage getretene, enorme Potenzial zivilgesellschaftlicher Aktivitäten konzeptionell besser berücksichtigen und damit auch operativ besser einbinden zu können. Wünschenswert wäre hierbei die Entwicklung einer dezidierten Public Diplomacy-Strategie des Auswärtigen Amts, welche gemeinsam mit Partnern in der Zivilgesellschaft zu erarbeiten wäre.

B) Verständnis von „Zivilgesellschaft“ klären

Im Rahmen der Entwicklung einer umfassenden Public Diplomacy-Strategie wäre auch das Verständnis von Zivilgesellschaft zu klären. Die Untersuchung hat hierbei gezeigt, dass es nach wie vor große Verständnisunterschiede gibt. Insbesondere die Grenzziehung zum Bereich der wirtschaftlichen Akteure, aber auch zur Privatheit ist unklar. Letzteres dürfte sich in naher Zukunft noch vergrößern, da neue Kommunikationstechnologien und soziale Netzwerke die Bedeutung von „ad-hoc“ Bewegungen und privaten Einzelinitiativen in Zukunft stärken dürften. Ob und wie solche Formen in eine Public Diplomacy-Strategie eingebunden werden könnten oder ob die Einbeziehung solcher Aktivitäten in ein außenpolitisches Gesamttabelleau an Praktikabilitätsabwägungen scheitern wird, bleibt abzuwarten. Gegenstand eines umfassenden Reflexionsprozesses sollte aber sein, die Begrifflichkeit und Zugehörigkeit zu zivilgesellschaftlichen Akteuren jederzeit kritisch und umfassend zu diskutieren.

C) Partnersuche optimieren: Das Auswärtige Amt als Koordinierungs- und Adressatenstelle stärken

Ein Großteil der umfassenden Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Akteure in Drittstaaten erfolgt über Kooperationen mit Partnern vor Ort. Umfassendere Auslandsrepräsentanzen beziehungsweise ständige Mitarbeiter im Ausland weisen nur eine kleinere Anzahl von Akteuren auf. Vor diesem Hintergrund kommt der Partnersuche im Ausland eine zentrale Rolle zu. Zudem ist es überraschend, dass die Partnersuche in den wenigsten Fällen strategisch und systematisch erfolgt und eher ein Stück weit erratisch. Die meisten Akteure kooperieren schlicht mit den Akteuren, mit denen sie schon bisher kooperiert haben. Um die Chancen für eine Partnersuche zu verbessern – und dementsprechend auch das Potenzial für Aktivitäten zu erhöhen – wäre eine Systematisierung und Strukturierung in der „Partnergewinnungsphase“ anzuraten, insbesondere durch eine stärkere Vernetzung von Akteuren oder die Etablierung entsprechender Datenbanken. Auch die Installierung von „Partnerguides“ wäre hier ein hilfreiches Instrument ebenso wie die Einrichtung einer zentralen Koordinierungs- und Ansprechstelle.

D) Ressourcen vor Ort stärken

Die meisten deutschen Akteure verfügen nur über sehr begrenzte oder keine Ressourcen in den Partnerländern und sind daher auf Kooperationen mit Partnerorganisationen in den Zielländern angewiesen. Dies bringt viele positive Effekte, wie die Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure vor Ort, kann aber durchaus auch Probleme aufwerfen, wenn die entsprechenden Regionen – sei es aufgrund staatlicher Repressionen oder anderer Gründe – über keine organisierte Zivilgesellschaft verfügen. Vor diesem Hintergrund sollten

alternative Strategien erarbeitet werden, wie in den jeweiligen Ländern Projekte durchgeführt werden könnten.

E) Modell der Mischfinanzierung beibehalten

Das deutsche Modell der Mischfinanzierung außenpolitischer Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Akteure hat sich bewährt. Hierdurch gelingt es, einerseits zivilgesellschaftliche Akteure in die außenpolitische Strategie der Bundesregierung und in die Erreichung konkreter Ziele einzubinden. Auf der anderen Seite verhindert das Modell aber nicht eigenständige, außenpolitisch relevante Aktivitäten von zivilgesellschaftlichen Akteuren. Dass in der Befragung keine Akteure identifiziert wurden, welche ausschließlich auf Eigenmittel zurückgreifen oder ausschließlich staatlich finanziert werden, unterstreicht, dass die Chancen des deutschen Systems der Mischfinanzierung auf breite Akzeptanz stoßen.

F) Qualifikationen im Bereich Public Diplomacy stärken

Die zunehmende Bedeutung von außenpolitischen Aktivitäten von zivilgesellschaftlichen Akteuren sollte auch im Bereich der universitären und außeruniversitären Bildung aufgegriffen werden. Da die Vertrautheit mit Problemen und Chancen von Public Diplomacy in zunehmendem Maß ein wichtiges Qualifikationsmerkmal für verschiedenste Tätigkeiten darstellt, sollten entsprechende Inhalte auch in den einschlägigen Curricula verankert werden. Hierdurch könnte langfristig eine weitere Professionalisierung der außenpolitischen Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Akteure, aber auch ein größeres Bewusstsein bei staatlichen Akteuren für die Besonderheiten und Rahmenbedingungen von Public Diplomacy erreicht werden.

Literaturverzeichnis

Auer, Claudia (2015): Public Diplomacy: Ein Konzeptualisierungsvorschlag. In: Fröhlich, Rommy/Koch, Thomas (Hrsg.): Politik - PR - Persuasion. Strukturen, Funktionen und Wirkungen politischer Öffentlichkeitsarbeit. Wiesbaden: Springer VS, S. 143–167.

Auswärtiges Amt (2015): Review 2014 – Außenpolitik weiter denken: Krise – Ordnung – Europa. Berlin 2015.

Auswärtiges Amt (2015): Review 2014 – Die Schlussfolgerungen, Berlin 2015 (<http://www.auswaertiges-amt.de/DE/AAmt/Review2014/Ueberblick/Text.html>).

Auswärtiges Amt (2014): „Europäische Bewegung Deutschland“, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/EuropaderBuerger/101007-Europaeische-Bewegung_node.html [Januar 2016].

Die Bundesregierung (2014): Vierter Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ (Bearbeitungszeitraum: Juni 2010 bis Mai 2014). Drucksache 18/3213, Deutscher Bundestag, Berlin.

Edwards, Michael (2011): Introduction: Civil Society and the Geometry of Human Relations. In: Ders. (Hrsg.): The Oxford Handbook of Civil Society. Oxford, S. 3-15.

Engel, Uwe/Schmidt, Björn Oliver (2014): Unit- und Item-Nonresponse. In: Bauer, Nina/Blasius, Jörg (Hrsg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden, S. 153 - 166.

Europäische Bewegung Deutschland (2016): „Mitglieder“, <http://www.netzwerk-ebd.de/mitglieder/?set-view-type=fulllist> [Januar 2016].

Europäische Bewegung Deutschland (2015): Politische Forderungen 2015/2016. Abrufbar unter: <http://www.netzwerk-ebd.de/wp-content/uploads/2015/05/EBD-GRE-MV-150629-TOP-12-Politische-Forderungen-2015-16.pdf> [Januar 2016].

Europäische Kommission (2001): Mitteilung der Kommission vom 25. Juli 2001 „Europäisches Regieren - Ein Weißbuch“. KOM(2001) 428 endgültig, Amtsblatt C 287 vom 12.10.2001.

Europäische Kommission (2016): Civil Society. http://ec.europa.eu/transparency/civil_society/ [Januar 2016].

Gläser, Jochen/Laudel, Grit (2010): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse, Wiesbaden.

Gosewinkel, Dieter et al (2004): Einleitung. Zivilgesellschaft – national und transnational. In: Dies. (Hrsg.): Zivilgesellschaft – national und transnational. WZB-Jahrbuch 2003. Berlin, S. 11-26.

Göler, Daniel (2015): Wenn normative Macht zur geostrategischen Herausforderung wird. Überlegungen zur aktuellen Ukraine-Krise. In: Zeitschrift für Politik, 62 Nr. 3, S. 289-305.

Hallberg, Peter/Wittrock, Björn (2006): From koinoníapolitiké to societascivilis: Birth, Disappearance and First Renaissance of the Concept. In: Wagner, Peter (Hrsg.): The Language of Civil Society. New York/Oxford, S. 28-53.

Helfferich, Cornelia (2009): Die Qualität qualitativer Daten: Manual für die Durchführung qualitativer Interviews. Wiesbaden.

Hocking, Brian (2007): Rethinking the 'New' Public Diplomacy. In: Melissen, Jan (Hrsg.): The new public diplomacy: Soft power in international relations. New York, S. 28–43.

Huijgh, Ellen (2013): Public Diplomacy's Domestic Dimension in the European Union. In: Davis Cross, Mai'a K./Melissen, Jan (Hrsg.): European Public Diplomacy. New York, S. 57-84.

Institute for Cultural Diplomacy (2016): Message from President Emil Constantinescu. http://www.ccds-berlin.de/index.php?en_president-message [Februar 2016].

Junk, Julian/Daase, Christopher (2013): Germany, in: Biehl, Heiko/Giegerich, Bastian/Jonas, Alexandra (Hrsg.): Strategic Cultures in Europe - Security and Defence Policies across the Continent. Wiesbaden, S. 139-152.

Kelle, Udo (2014): Mixed Methods. In: Bauer, Nina/Blasius, Jörg (Hrsg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden, S. 153 - 166.

Kelly, John Robert (2009): Between „Take-offs“ and „Crash Landings“: Situational aspects of Public Diplomacy. In Snow, Nancy/Taylor, Philip M. (Hrsg.): Routledge Handbook of Public Diplomacy. New York, S. 72-85.

Kirste, Knut/Maull, Hanns W. (1996): Zivilmacht und Rollentheorie, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, Jg. 3, Nr. 2, S. 283-312.

Kohler-Koch, Beate (2011): Regieren mit der europäischen Zivilgesellschaft. In: Dies./ Quittkat, Christine (Hrsg.): Die Entzauberung partizipativer Demokratie. Frankfurt/New York, S. 19-47.

Lieberman, Evan S. (2005): Nested Analysis as a Mixed-Method Strategy for Comparative Research. In: American Political Science Review (99/3), S. 435-452.

Manheim, Jarol B. (1994): Strategic Public Diplomacy and American Foreign Policy. The Evolution of Influence, New York.

Manners, Ian (2002): Normative Power Europe: A Contradiction in Terms? In: Journal of Common Market Studies 40, Nr. 2, S. 235-258.

Merkel, Wolfgang/Lauth, Hans-Joachim (1998): Systemwechsel und Zivilgesellschaft: Welche Zivilgesellschaft braucht die Demokratie? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Berlin B 6-7/98, S. 3-12.

Meuser, Michael/Nagel, Ulrike (2011): Experteninterviews, in: Bohnsack, Ralf et al. (Hrsg.): Hauptbegriffe qualitativer Sozialforschung, Opladen, S. 57-58.

Münch, Richard (2004): Soziologische Theorie, Band 3. Gesellschaftstheorie. Frankfurt/New York.

Nye, Joseph S. Jr. (1990): The misleading metaphor of decline. In: The Atlantic Monthly, S. 86-94.

Ostrowski, Daniel (2010): Die Public Diplomacy der deutschen Auslandsvertretungen weltweit. Theorie und Praxis der deutschen Auslandsöffentlichkeitsarbeit. Wiesbaden.

Panke, Diana/Risse, Thomas (2007): Liberalism, in: Dunne, Tim et al. (Hrsg.): International Relations Theories: Discipline and Diversity, Oxford, S. 89-108.

Reinecke, Jost (2014): Grundlagen der standardisierten Befragung. In: Bauer, Nina/Blasius, Jörg (Hrsg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden, S. 601-618.

Reithel, Jürgen (2008): Quantitative Sozialforschung. Ein Praxiskurs. Wiesbaden.

Schmidt, Christiane (2008): Analyse von Leitfadeninterviews, in: Flick, Uwe/von Kardorff, Ernst/Steinke, Ines (Hrsg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Hamburg, 7. Aufl., S. 447-455.

Schubert, Klaus/Fraune, Cornelia (2012): Grenzen der Zivilgesellschaft oder: der Versuch einen Pudding an die Wand zu nageln. In: dies. (Hrsg.): Grenzen der Zivilgesellschaft. Münster et al, S. 9-22.

Steinke, Ines (2008): Gütekriterien qualitativer Forschung, in: Flick, Uwe et al. (Hrsg.): Qualitative Forschung: Ein Handbuch. Hamburg, S. 319-331.

Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema: Die Rolle und der Beitrag der organisierten Zivilgesellschaft zum europäischen Einigungswerk. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft, 1999/C 329/10.

Taylor, Maureen/Kent, Michael L. (2006): Public Relations Theory and Practice in Nation Building. In: Botan, Carl H./Hazleton, Vincent (Hrsg.): Public Relations Theory II. New York/London, S. 299-315.

Policy Coordinating Committee (PCC) (2007): U.S. National Strategy for Public Diplomacy and Strategic Communication. Abrufbar unter:
<https://www.nyu.edu/brademas/pdf/publications-moving-forward-strategic-communication-public-diplomacy.pdf>, o.O.

Wagner, Pia/Hering, Linda (2014): Online-Befragungen. In: Bauer, Nina/Blasius, Jörg (Hrsg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden, S. 661-674.

Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (N.N.) (2007): Auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Überblick zentraler Problemstellungen einschließlich einer Auflistung der gegenwärtig vorliegenden Reformvorschläge. Berlin.

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2009): Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. o.O.

Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (2007): Auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Überblick zentraler Problemstellungen einschließlich einer Auflistung der gegenwärtig vorliegenden Reformvorschläge. Berlin.

Witt, Harald (2001): Forschungsstrategien bei quantitativer und qualitativer Sozialforschung. In: Forum: Qualitative Sozialforschung 1/2001.

Zaharna, R.S. (2009): Mapping out a Spectrum of Public Diplomacy Intiviatives: Information and Relational Communication Frameworks. In: Snow, Nancy/Taylor, Phillip M. (Hrsg.): Routledge Handbook of Public Diplomacy. London, S. 86-100.

Zu den Autoren

Prof. Dr. Daniel Göler studierte von 1996-2001 Politikwissenschaft, Geschichte und katholische Theologie an der Universität des Saarlandes und der University of Newcastle upon Tyne. Im Jahr 2005 promovierte er an der Universität zu Köln im Fach Politikwissenschaft mit einer Arbeit über deliberative Entscheidungsprozesse im Europäischen Verfassungskonvent. 2008 wurde er zum Professor an der Universität Passau ernannt, zuvor war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Europäische Politik in Berlin (2001-2007) und Forschungsgruppenleiter am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Europäische Außen- und Sicherheitspolitik, Governance im EU-Mehrebenensystem, die europäische Energiepolitik und die Frage der Partizipation der Bürger in europäischen Entscheidungsprozessen.

Kontakt: daniel.goeler@uni-passau.de

Robert Lohmann, M.A. ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Team des Jean-Monnet-Lehrstuhl von Prof. Dr. Daniel Göler an der Universität Passau. Zuvor lehrte und forschte er an der Universität Regensburg, an der er auch seinen Masterabschluss in Demokratiewissenschaft absolviert hat. Neben seinen Forschungsschwerpunkten in der Europäischen und Internationalen Politik beschäftigt er sich intensiv mit den Effekten politischer Bildungsarbeit. Dieses Interesse rührt auch aus seiner Anstellung als Gastdozent an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing her.

Kontakt: robert.lohmann@uni-passau.de

Isabel Vollmer, B.A. arbeitet als Wissenschaftliche Hilfskraft am Jean-Monnet-Lehrstuhl von Prof. Dr. Daniel Göler an der Universität Passau. Sie hat einen Bachelor-Abschluss der Universität Passau in Governance and Public Policy. Im dazugehörigen Master-Studiengang befasst sie sich schwerpunktmäßig mit der Europäischen Union und der Politischen Kommunikation. In ihrer Master-Arbeit wird sie die Erkenntnisse aus der vorliegenden Studie aufgreifen und weiter erforschen.

Kontakt: isabel.vollmer@uni-passau.de

Impressum

Die Studie ist entstanden im Rahmen des ifa-Forschungsprogramms „Kultur und Außenpolitik“ und erscheint in der ifa-Edition Kultur und Außenpolitik. Das Forschungsprogramm wird finanziert aus Mitteln des Auswärtigen Amts.

Die Publikation gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder.

Herausgeber: ifa (Institut für Auslandsbeziehungen e. V.),
Charlottenplatz 17, 70173 Stuttgart,
Postfach 10 24 63, D-70020 Stuttgart,
info@ifa.de, www.ifa.de
© ifa 2016

Autoren: Robert Lohmann,
Daniel Göler, Isabel Vollmer

Redaktion/Lektorat:
ifa-Forschungsprogramm „Kultur und
Außenpolitik“

Bildnachweis: © European Union,
2016

Design: Eberhard Wolf, München

ISBN: 978-3-921970-47-8

Zivilgesellschaftliche Akteure in der Außenpolitik

„Zivilgesellschaftliche Akteure verstehen sich selbst als außenpolitisch relevante Akteure und ihre konkreten Aktivitäten entsprechen auch in einem hohen Maß diesem Selbstbild.“

Das außenpolitische Wirken von zivilgesellschaftlichen Akteuren wird von staatlicher Seite oftmals nicht anerkannt. Selbstbild und Fremdwahrnehmung unterscheiden sich hier. Dabei sehen sich die unterschiedlichen Akteure der deutschen Zivilgesellschaft in ihrem Handeln über staatliche Grenzen hinweg weiteren Herausforderungen gegenüber: Welches Zivilgesellschaftsverständnis herrscht vor und inwiefern können zivilgesellschaftliche Akteure Außenpolitik betreiben? Wo muss die Grenze zu wirtschaftlichen und privaten Akteuren gezogen werden? Die vorliegende Studie schlüsselt die Bandbreite des außenpolitischen Handelns deutscher zivilgesellschaftlicher Akteure auf und fordert eine größere konzeptionelle Klarheit. Die Autoren betonen die Notwendigkeit einer dezidierten Public Diplomacy-Strategie für eine dialogische Beziehung zwischen Staat und Zivilgesellschaft.